

Ein Dossier von Brot für die Welt und MISEREOR anlässlich ihres 60-jährigen Bestehens – in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

Gemeinsam Zukunft gestalten

Nachhaltige Entwicklung für eine Welt im Umbruch

60
JAHRE **Brot**
für die Welt

MISEREOR
JAHRE
IHR HILFSWERK



Grund zur Freude: Diese Jugendlichen aus einer Favela in San Salvador erhalten vom Servicio Social Pasionista eine Ausbildung als Kurierboten. Das bietet ihnen die Chance auf ein selbstständiges Leben.

Foto: Kathrin Harms/Brot für die Welt

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,



Dr. Bernd Bornhorst
leitet die Abteilung
Politik und globale
Zukunftsfragen von Misereor.



Dr. Klaus Seitz
leitet die Abteilung Politik
von Brot für die Welt.

am Anfang stand eine hoffnungsvolle Überzeugung: Durch die solidarische Hilfe vieler engagierter Menschen sollen und können auch die Kirchen in Deutschland einen Beitrag leisten, damit die armen und armgemachten Menschen dieser Welt möglichst bald von Hunger und Elend befreit werden und ein würdevolles und friedliches Leben führen können.

Mit diesem optimistischen Impuls begann vor 60 Jahren die Arbeit von Misereor und Brot für die Welt. Eine Zeit des Aufbruchs, in der die junge Demokratie als Garant für „Wohlstand für Alle“ erschien. Nichts schien unmöglich oder unlösbar.

Und heute? Das 60-jährige Jubiläum von Brot für die Welt und Misereor fällt in eine Zeit, in der der Einsatz für eine gerechtere, friedlichere und zukunftsfähigere Welt schwere Bewährungsproben durchläuft. Die Anliegen, für die die kirchlichen Werke dringlicher denn je eintreten, erfahren deutlichen Gegenwind – angesichts einer Krise der zwischenstaatlichen Kooperation, der Erosion demokratischer Errungenschaften, des Fortbestands von Hunger und Armut, wachsender ökologischer Risiken und zunehmender Kriegsgefahren.

Dieses Dossier soll einen Beitrag zu einer selbstkritischen „Zwischenbilanz“ nach sechs Jahrzehnten kirchlicher Entwicklungszusammenarbeit leisten. Es will hervorheben, in welchen Bereichen und dank welcher Strategien diese Arbeit besonders erfolgreich war, welche Lernprozesse die Akteure vollzogen haben und wie sich die Werke gemeinsam mit ihren Partnern heute aufstellen müssen, um den anstehenden Herausforderungen zu begegnen. Dabei werden besonders die Zukunftsthemen Stärkung der Zivilgesellschaft, Ernährungssicherung, Engagement für Menschenrechte und für eine nachhaltige Entwicklung beleuchtet.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Bernd Bornhorst Klaus Seitz

Inhalt

- 3 Eine Welt ohne Hunger und Armut schaffen**
Das derzeit dominante Wirtschafts- und Agrarmodell ist keine Lösung
Pirmin Spiegel
- 6 „Städter und Bauern zusammenbringen“**
Interview mit Valentin Thurn
- 8 Tödlicher Klimawandel**
In Indien wird es immer heißer
Frederic Spohr
- 9 Politische Teilhabe erstreiten und verteidigen**
Kirchen und Zivilgesellschaft als Akteure des gesellschaftlichen Wandels
Cornelia Füllkrug-Weitzel
- 12 Die Welt wäre düster ohne die Zivilgesellschaft**
Zivilgesellschaftliches Engagement
Maina Kiai
- 14 Länderbeispiel: Tschad unterdrückt die Zivilgesellschaft**
- 15 Grußwort: Die Herausforderungen von heute sind grenzüberschreitend**
Bundesminister Gerd Müller
- 16 Gleichberechtigung ist überfällig**
Empowerment von Frauen ist ein Schlüssel für nachhaltige Entwicklung
Agnes Abuom
- 17 Mit Recht für mehr Gerechtigkeit**
Der menschenrechtsbasierte Ansatz
Sarah Lincoln
- 19 Globalisierung des Mitgeföhls**
Der weltweite Kampf gegen Kinderarbeit
Kailash Satyarthi
- 20 Kein „Weiter so“ wie bisher!**
Armut lindern und die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren
Hubert Weiger
- 22 Gegen die Wand**
Dammprojekt in Jakarta
Mathias Peer
- 24 Die erfolgreichen Bauern von Hei Er**
Interview mit Hongyan Yang
- 26 Grußwort: Mehr Geld allein reicht nicht!**
Reinhard Kardinal Marx
- 27 Grußwort: Mit Mut und Entschlossenheit**
Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm

Der Misereor-Partner Agroecologia y Fe in Cochabamba unterstützt Frauengruppen sowohl in der städtischen Landwirtschaft als auch auf dem Lande.



Foto: Eduardo Soteras Jaiti/Misereor

Eine Welt ohne Hunger und Armut schaffen

Das derzeit dominante Wirtschafts- und Agrarmodell ist keine Lösung

| Pirmin Spiegel

Den Hunger weltweit beenden – so lautet das zweite Ziel für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030. Um es zu erreichen, muss das gesamte Ernährungssystem in den Blick genommen werden – vom Acker bis zum Teller. Es braucht neue Lösungsansätze, eine diversifizierte Landwirtschaft, verbesserte Verarbeitungs- und Vermarktungsmöglichkeiten im globalen Süden. Und eine entschiedene Absage an eine kurzfristige Gewinnorientierung von Agrarkonzernen.

„Misereor – Aktion gegen Hunger und Armut in der Welt“ – mit diesem Untertitel begann vor 60 Jahren die Arbeit von Misereor. Der Einsatz gegen Hunger als die brutalste Form der Armut liegt also seit den Anfängen quasi in unserer DNA.

Gemeinsam mit unseren Partnern in Afrika, Asien, Lateinamerika und Ozeanien haben wir in den zurückliegenden sechs Jahrzehnten immer wieder Lösungsansätze aufgezeigt: Neue Wege, die gegangen werden müssen, um den Hunger in der Welt und dessen Ursachen endgültig auszulöschen. Oft verlaufen diese Lösungsansätze auf schmalen, noch wenig begangenen Pfaden. Und wir stellen immer wieder fest: zu Recht. Denn die bisherigen und die derzeit dominanten Wirtschafts- und Agrarmodelle haben die Armuts- und Hunger-

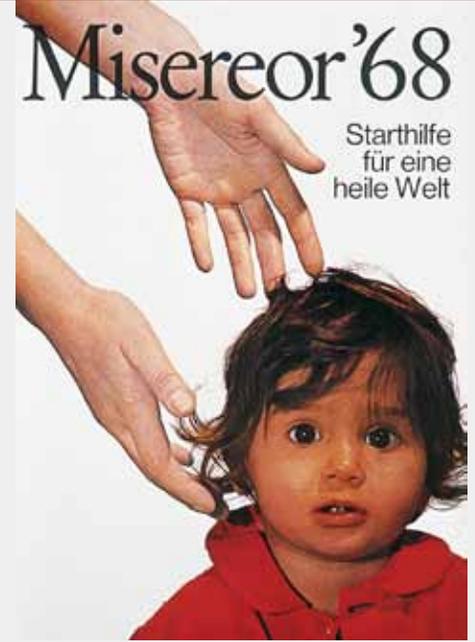
probleme keinesfalls gelöst. Das schmerzt, bestärkt uns aber auch auf unserem Weg. Vieles haben wir gemeinsam mit unseren Partnern vor Ort in dieser Zeit gelernt, und vieles bleibt noch zu tun.

Konkret: Im bitterarmen Haiti haben mehr als 30.000 Bauernfamilien in Kooperation mit Misereor grüne Inseln inmitten des weitgehend abgeholzten Berglands geschaffen. Sie verkaufen Teile ihrer Ernte und verbessern so das Angebot an Nahrungsmitteln. Wer hier Agroforstwirtschaft mit ertragreichen Waldgärten betreiben kann, muss nicht in die Elendsviertel der überfüllten Städte abwandern oder außer Landes gehen. Die Bauern und Bäuerinnen sind oft am stärksten von Hunger und Armut betroffen.

Misereor-Plakate im Wandel der Zeiten, hier aus den Jahren 1961 bis 2015.

Egal auf welchem Kontinent oder in welchem Land, im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen die Potenziale dieser Menschen. Sie gilt es zu unterstützen und auszubauen. Ökonomisch gesprochen meint das zum Beispiel, den Einsatz und die Abhängigkeit von externen und teuren Betriebsmitteln zu minimieren. Landwirtschaftlich gesprochen bedeutet es, auf agrarökologische Methoden zu setzen, die es den Bäuerinnen und Bauern erlauben, ihre landwirtschaftliche Produktion mit lokal verfügbaren Ressourcen und adäquaten Technologien zu intensivieren, ohne ihr knappes Geld für teure Agrarchemie auszugeben. Die Förderung von Biodiversität mit vielfältigen, robusten, lokalen Pflanzensorten etwa reduziert den Schädlingsbefall. Obendrein lohnt es sich für Bäuerinnen und Bauern, solch einen diversifizierten Anbau zu betreiben, falls es zu Ernteausfällen kommt oder die Preise verfallen.

Im zentralen Hochland von Afghanistan unterstützt Misereor eine lokale Partnerorganisation bei der Entwicklung und Einführung von einfachen Gewächshäusern, die vor allem aus lokalen Baumaterialien bestehen. Die Nutzung



passiver Solarenergie verlängert die in dieser Region nur sehr kurze Vegetationszeit. In den Gewächshäusern werden über den gesamten Winter Kräuter gezogen, die die Ernährung der Bevölkerung um wichtige Nährstoffe ergänzen. Einige Bäuerinnen und Bauern pflanzen auch Blumen an und erzielen damit ein gutes Einkommen, da Blumen vor allem für Hochzeiten sehr begehrt, aber schwierig zu bekommen und teuer sind. Hier gehen Menschen trotz extremer politischer, geografischer und ökonomischer

Bedingungen eigenständig einen Weg aus Armut, Not und Hunger.

| Verteilungsgerechtigkeit und Zugang zu Ressourcen

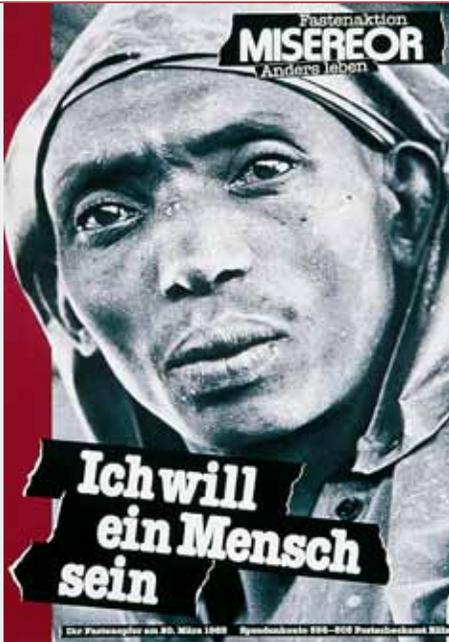
Trotz dieser und vieler anderer positiver Erfahrungen haben wir gemeinsam mit unseren Partnern auch gelernt, dass Hunger und Armut alleine durch angepasste Produktionsweise und verbesserte Verarbeitungs- und Vermarktungsmöglichkeiten nicht zu beseitigen sind. Immer noch hungern über 815 Millionen Menschen, davon 80 Prozent auf dem Land. Gleichzeitig sind rund 1,9 Milliarden Menschen weltweit übergewichtig. Tendenz steigend, auch in Afrika und Asien! Rund ein Drittel der weltweit für den menschlichen Bedarf produzierten Lebensmittel landet laut der Welternährungsorganisation FAO auf dem Müll. Jede und jeder von uns wirft nach Schätzungen des deutschen Verbraucherministeriums jährlich durchschnittlich 82 Kilogramm Lebensmittel im Wert von 330 Euro pro Kopf weg.

Es gibt mehr als genug Nahrung auf der Welt, um auch künftig alle Menschen ausreichend zu ernähren. Entscheidend dabei ist, wie wir damit umgehen. Da sind wir bei der Lebensmittelverschwendung und der Tatsache, dass mehr als die Hälfte der globalen Getreideernte als Tierfutter oder Biotreibstoff verwendet wird. Hunger ist also mehrdimensional, vor allem aber ist er ein politisches Problem. Es ist



Foto: Hartmut Schwarzbach/angus

Salat in Hydrokultur ziehen: ein Pilotprojekt des Misereor-Partners SIKAT auf der Insel Siargao, Philippinen, ermöglicht Fischerfamilien Selbstversorgung.



nicht in erster Linie ein Problem von zu geringer Produktion, wie uns die großen Akteure der Agrarindustrie gerne glauben machen wollen, sondern eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit sowie des Zugangs zu Ressourcen und zu lokalen Märkten.

Für Misereor wie auch für Brot für die Welt und unsere Partner bedeutet dies, dass wir an verschiedenen Stellschrauben drehen müssen, wenn es darum geht, das zweite Ziel für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 zu erreichen. Dieses zweite SDG (sustainable development goal) besagt: „Den Hunger beenden, Nahrungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern“. Um dies zu erreichen, nehmen die beiden kirchlichen Werke der Entwicklungszusammenarbeit das gesamte Ernährungssystem vom Acker bis zum Teller mit seinen verschiedenen Akteuren in den Blick. Der Kampf gegen den Hunger in der Welt und der Einsatz für eine gute und diversifizierte Ernährung für alle Menschen, die so produziert wird, dass unsere Mitwelt erhalten bleibt, sind untrennbar miteinander verbunden. Das wollen wir deutlich machen. Hier setzen wir uns aktiv für Veränderungen ein.

Es geht auch um uns. Darum, wie wir hier konsumieren und produzieren und darum, welche Politik und welche Wirtschaftssysteme wir unterstützen. Essen ist auch politisch! Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, stößt schon seit längerem an ihre Systemgrenzen. Erst recht dann, wenn unser Ernährungssystem als „Modell“ im globalen Süden von einer wachsenden Mittelschicht kopiert wird. Und wenn arme Menschen zunehmend nur noch an vitamin- und nährstoffarme Lebensmittel

kommen, weil die Agrar- und Nahrungsmittelindustrie immer weiter vordringt und Märkte dominiert, auf Kosten von Mensch und Natur.

Unser „modernes“ Ernährungssystem, das Bayer, Nestlé und andere globale Akteure uns gerne als die einzige und richtige Lösung verkaufen wollen, ist Teil des Problems. Es ist mit Hunger und Armut, Klimawandel, Energiekrisen, Ressourcenverlusten, Umweltproblemen, Gesundheitsgefahren und anderen Problemen verknüpft, von denen die Verschwendung oder die wiederkehrenden Lebensmittelskandale nur die unappetitlichen Spitzen des Eisbergs sind.

| Agrarökologische Methoden sichern die Ernährung

Dieses System lebt davon, dass ein erheblicher Teil der Kosten, die es verursacht, auf die Armen, auf die Ökosysteme der Erde und auf die Lebenschancen künftiger Generationen abgewälzt werden. Es hebt das Funktionieren von Märkten zugunsten der mächtigsten Player aus. Verstärkt wird dies durch unfaire Handelsabkommen, die keine verbindlichen Standards vorsehen und so einen Wettlauf zu immer schwächerem Schutz der Umwelt und der sozial Schwachen auslösen.

Dies bedeutet für uns, weiter mit unseren Partnern an der Verbreitung von ressourcenschonenden agrarökologischen Methoden und der Produktion vielfältiger und nährstoffreicher Lebensmittel zu arbeiten. Eine Misereor-Langzeitstudie in Uganda zeigt, dass Bäuerinnen und Bauern, die mit agrarökologischen Methoden produzieren, entscheidende

Fortschritte bei der Sicherung der Ernährung, beim Einkommen und damit auch beim Lebensstandard gemacht haben. Arm gemachte und ausgegrenzte Menschen gilt es dabei zu unterstützen, dass sie die Kontrolle über Land, Wasser und Saatgut wiedergewinnen. Und hier in Europa gilt es die Kooperation mit denen zu suchen, die unser Ernährungssystem umstellen möchten, auf nachhaltige, diversifizierte, gesunde, für alle Menschen verträgliche Modelle. Seien es die Ernährungsräte in den Städten, seien es die bäuerlichen Gemeinschaften, die Verbände des Ökologischen Landbaus oder Aktivistinnen und Aktivisten von Slow Food.

Die gesamte Versorgungskette umzustellen, bedeutet auch, die konstruktive Auseinandersetzung mit denen zu suchen, die glauben, ein „Weiter wie bisher“ sei die Lösung des Problems. Wir müssen den Menschen in Deutschland und im globalen Süden zeigen, dass es dabei oft um kurzfristige Gewinnmaximierungsinteressen geht und nicht um die langfristige Zukunft unseres Planeten und das Ringen um die Würde eines jeden Menschen. Sich dieser Auseinandersetzung zu stellen, ist nicht immer einfach, aber ein ebenso unverzichtbarer Teil im Kampf gegen den Hunger in der Welt wie die Kooperation mit unseren Partnern vor Ort. Diese Hoffnung ist dabei unsere Partnerin. ||



Pirmin Spiegel
ist Hauptgeschäftsführer
von Misereor.

„Wir müssen Städter und Bauern zusammenbringen“

Filmemacher Valentin Thurn über die Ernährungswende bei uns und die regionale Versorgung in anderen Teilen der Welt

Momentan kaufen wir Deutschen Lebensmittel in aller Welt, und zwar dort, wo sie am billigsten sind. Was stört Sie daran?

Valentin Thurn: Wir können uns das leisten, weil wir in einem Wirtschaftssystem leben, das uns reich macht. Aber in Krisenzeiten, in denen Exportländer ihre Grenzen dichtmachen, können wir noch so viel Geld haben, da wird es auch für uns kritisch. Während der Welternährungskrise 2008 hat einer der größten Reosexportureure der Welt seine Exporte gestoppt, um die Ernährung der Menschen im eigenen Land sicherzustellen. Nur mühsam konnten weitere Exportländer überzeugt werden, dem Beispiel nicht zu folgen, und eine Kettenreaktion vermieden werden. Lokale Ernährungssysteme, in denen die Grundversorgung aus dem eigenen Land und aus der eigenen Region kommt, sind dagegen widerstandsfähig. Deshalb ist es so wichtig, sie zu stärken, und zwar überall auf der Welt.

Welche Beziehung haben die Menschen in Deutschland zu ihren Lebensmitteln?

Thurn: Die Wenigsten wissen, wo die Waren herkommen, die sie im Supermarkt kaufen. Sie wüssten gern mehr, aber dieser Wunsch wird nicht befriedigt, so dass es eine Entfremdung gibt zwischen den Menschen und dem, was sie essen. Außerdem haben Lebensmittel keinen Wert für uns, weil sie durch jahrzehntelange Subventionen immer billiger geworden sind. Die Hälfte unserer Lebensmittel wird weggeworfen. Wir brauchen dringend eine Ernährungswende.

Wie soll die aussehen?

Thurn: Es geht darum, Städter wieder in Verbindung zu ihrer Ernährung zu bringen: Wenn ich Ware im Supermarkt einkaufe weiß ich meist nicht woher sie stammt, der Prozess ist anonym und entfremdet. Kaufe ich jedoch auch nur einen Teil meiner Lebensmittel direkt beim Bauern ein oder baue ihn selbst an, dann entwickle ich eine wertschätzende Beziehung zum Essen. Wenn ich einen Salat oder Tomaten selbst großziehe, kaufe ich anschließend anders ein. Und werfe weniger weg. Städte sind ein Ort, an dem es bisher



Foto: Marco Bräunig

Valentin Thurn, geboren 1963, arbeitet als Filmemacher unter anderem für ARD, ZDF und ARTE. Bekannt wurde er mit Dokumentarfilmen fürs Kino wie „Taste the Waste“ (2011) und „10 Milliarden – wie werden wir alle satt?“ (2015). Der ausgebildete Geograf ist auch Mitgründer der Online-Plattform foodsharing.de, die zum Teilen von überschüssigen Lebensmitteln aufruft, und des ersten Ernährungsrates in Deutschland.

keine Ernährungspolitik gab. Das ändert sich gerade durch die Idee der Ernährungsräte.

Was steckt hinter dieser Idee?

Thurn: Dass Kommunen ihre Bürger wieder flächendeckend mit Lebensmitteln aus dem Umland versorgen wollen. In den USA, Kanada oder Brasilien gibt es bereits seit mehr als zwanzig Jahren solche Räte. In Deutschland ist die Idee noch neu. Wir haben den ersten Ernährungsrat 2015 in Köln gegründet. Jetzt gibt es eine Handvoll weitere, etwa in Berlin oder Frankfurt, und rund 50 Städte, die an einer Gründung interessiert sind.

Was haben die Räte in Brasilien oder den USA bewirkt?

Thurn: In Brasilien werden Kantinen dazu verpflichtet, Lieferungen von Kleinbauern aus dem Umland anzunehmen, weil man die

damit zugleich mit einem Grundeinkommen versorgen kann – so dass sie nicht in die Städte abwandern. In Brasilien beeinflussen Ernährungsräte inzwischen die nationale Gesetzgebung, in den USA gibt es sie auf Ebene von Bundesstaaten.

Was ist das wichtigste Ziel der Ernährungsräte?

Thurn: Stadtverbraucher und Landversorger zusammenzubringen. Wir haben in Köln Gastronomen und Kantinen, die regionale Produkte verarbeiten wollen sowie Bauern, die bei uns Mitglied sind. Eines der Probleme ist, die Logistik so zu gestalten, dass sie nicht zu teuer wird: Die Köche haben keine Zeit, zu jedem Gemüsebauer aufs Land zu fahren, während die Bauern alleine meist nicht die Mengen liefern können, die eine Großküche verbraucht. Wir brauchen also ein Verteilzentrum, das von mehreren Bauern beliefert wird. Und eine zusätzliche Verarbeitungsstufe: Viele Köche möchten Kartoffeln oder anderes Gemüse geschält geliefert bekommen. Das ist der Hebel für uns, um die Systemgastronomie – Kantinen und Mensen – zu erreichen. Die Ernährungsräte sorgen dafür, dass sich Erzeuger zu Gruppen formieren und vermitteln ihnen die Bedürfnisse der Kantinenköche.

Wieso ist dieser Hebel so wichtig?

Thurn: Ernst genommen werden wir erst, wenn wir Waren in einer gewissen Menge bewegen. Deshalb geht es in den Ernährungsräten um beides: Um die Beziehung der Verbraucher zu regionalen Bauern und Lebensmitteln. Und um die Frage, wie die Ware vom Bauern aus dem Umland zum Verbraucher kommt.

Gibt es überhaupt noch genügend Höfe im Umland von Städten?

Thurn: Die Ernährungswende muss wirklich schnell kommen, in zehn bis 20 Jahren wird es schwierig. Bei unserem Gründungstreffen in Köln waren Bauern aus der Eifel hundert Kilometer angereist, um uns unter Tränen zu sagen: Ihr kommt 30 Jahre zu spät. Bei uns im



Obst und Gemüse aus dem Umland für Stadtbewohner: ein regionaler Markt.

Foto: Marco Bräunig

Dorf sind schon 90 Prozent der Bauernhöfe dicht.

Gibt es Vorbilder, wo diese Vision funktioniert, dass sich Stadtbewohner mit Obst und Gemüse aus dem Umland ernähren?

Thurn: In Afrika funktioniert dieses regionale System noch. Dort gibt es Millionenstädte, deren Bevölkerung sich aus einer lebendigen, urbanen Landwirtschaft und aus dem Umland ernährt. Wir vergessen leicht, dass auch heute noch 80 Prozent der Weltbevölkerung von Kleinbauern versorgt werden, wenn wir von hier aus diskutieren, wie eine wachsende Weltbevölkerung satt werden soll.

Produzieren diese Bauern genug, damit alle satt werden?

Thurn: Ja, mit etwas Unterstützung der Infrastruktur, etwa Lager- und Kühlmöglichkeiten, könnten sie das. Genau das kann Entwicklungshilfe leisten. Kleinbauern sind viel produktiver als die industrielle Landwirtschaft, sie holen das Doppelte, manchmal bis zum Vierfachen aus der Fläche heraus.

Wie das?

Thurn: Weil die Handarbeit, mit der sie daran gehen, Mischkulturen ermöglicht. Ich erin-

neren mich an eine Bäuerin aus Malawi, auf deren Feld unten Süßkartoffeln wuchsen, auf halber Höhe Hirse und ganz oben Straucherbsen. Mischkulturen lassen sich nur mit Hand bewirtschaften – aber so holt man mehr aus dem Boden heraus, und man wirtschaftet krisensicherer: Fällt eine der angebauten Sorten aus, bleiben noch die anderen.

Was steht dem entgegen, dass die regionale Versorgung in Afrika überlebt?

Thurn: Die Macht der Agrarkonzerne. Je größer sie werden, desto stärker beeinflussen sie lokale Politik. In Malawi wird den Bauern inzwischen von der Regierung untersagt, eigenes Saatgut auf dem Markt zu verkaufen, dort darf nur noch Konzernsaatgut verkauft werden.

Und das heißt?

Thurn: Die Bauern werden finanziell abhängig von einem Konzern, dessen Produkt sie jedes Jahr neu kaufen müssen. Liegt dazwischen auch nur eine Missernte, haben sie ein Problem. Anders als unsere Bauern erhalten sie nämlich keinen Überbrückungskredit. Bauern in Sambia, Malawi oder Indien bekommen nur Geld von einem der örtlichen Pfandwucherer. Das ist oft eine Schuldenfalle.

Was müsste passieren, um die Ernährung weltweit zu sichern?

Thurn: Der erste Schritt wäre, Multis wie Bayer und Monsanto zu zerschlagen und in kleinere Unternehmen aufzuteilen. Manche Regierungen in Afrika sind zwar korrupt, aber bislang haben sie die Bauern auf dem Land in Ruhe gelassen. Jetzt geraten diese immer mehr in den Fokus, weil die Konzerne sie als Kundschaft erkennen. Deshalb sind diese Mega-Konzerne mega-gefährlich für die Ernährungssicherheit.

Das heißt: Wir brauchen bei uns so schnell wie möglich eine Ernährungswende, während im Süden die Wende zu einer industrialisierten Landwirtschaft fatal wäre?

Thurn: Ganz genau. Wenn wir unser agrarindustrielles Modell exportieren, dann hilft das keineswegs, die Welt zu ernähren, wie oft behauptet, sondern erzeugt sogar mehr Hunger. | |

Das Interview führte Birgit-Sara Fabianek.

Tödlicher Klimawandel

In Indien wird es immer heißer – und die Lage für viele Bauern immer verzweifelter

| Frederic Spohr

Die Zahl der Selbsttötungen indischer Bauern ist hoch. Dazu trägt die Erderwärmung nicht unwesentlich bei: Sie lässt die Pflanzen auf den Feldern vertrocknen und die Ernteerträge einbrechen. Kredite können nicht mehr zurückgezahlt werden. Das verursacht existenzielle Krisen und ein Leid, aus dem viele dann keinen Ausweg mehr sehen.



In kleinen Schritten verbessert Sudhakar Pokale die Qualität der Böden seines Bio-Bauernhofs im indischen Bundesstaat Maharashtra.

Foto: Florian Kopp/Misereor

2013 war das Jahr, in dem Sudhakar Pokale lernen musste, wie sich Hunger anfühlt. Bis dahin ging es dem Bauern gut: Er hat ein Haus aus Stein und ausreichend Land, um seiner Familie zumindest ein bisschen Wohlstand zu ermöglichen. Es reichte für ein kleines Motorrad und Rücklagen für die Ausbildung seiner Kinder.

Doch dann kam 2013, und damit das Jahr, in dem der Regen in seinem Heimatort Antharwan plötzlich ausblieb und die Sonne über dem westindischen Bundesstaat Maharashtra noch erbarmungsloser brannte als zuvor. Das Jahr, in dem seine Felder verdorrten und er und seine Familie plötzlich vor dem Abgrund standen. Mit umgerechnet rund 7000 Euro stand Pokale bei seiner Bank und bei

privaten Geldverleihern in der Kreide, weil er teures Saatgut und Düngemittel nicht mehr abbezahlen konnte. Der Druck auf ihn wurde immer größer. „Die Verwandten kamen uns nicht mehr besuchen“, sagt Pokale. „Sie hatten Angst, dass wir sie dann um Geld bitten.“

Heute, wenn er bei Tee und Plätzchen in seinem Haus davon erzählt, kann er wieder lachen – doch damals war die Lage für ihn dramatisch. „Ich habe oft daran gedacht, mich aufzuhängen“, sagt er. Einen Strick hätte er genommen, sagt er, und hätte sich an seinem eigenen Haus aufgehängt. Auch ein Bekannter von ihm beging Suizid, weil er keinen anderen Ausweg mehr sah.

Pokale nahm seinen ganzen Mut zusammen und änderte auf radikale Weise seine Anbaumethoden – auch auf Anraten der Caritas Indien. Dank eines vom Bischöflichen Hilfswerk Misereor unterstützten Projektes lernte er mehr über ökologische Landwirtschaft. Er vertraut nun wieder auf lokale widerstandsfähigere Pflanzenarten und verzichtet auf Kunstdünger. So senkt er seinen Wasserbedarf und kann auch bei Trockenheit und Hitze Erträge einfahren. Mittlerweile macht er mit seiner Landwirtschaft wieder Gewinne und konnte auch seine Schulden begleichen.

Doch viele andere Bauern in Indien haben nicht mehr die Mittel oder die Kraft, gegen immer extremer werdende Wetterbedingungen auf dem Subkontinent anzukämpfen. Hunger und Elend sind die Folge. In Indien haben sich laut der Weltgesundheitsorganisation WHO seit 1995 mehr als 300.000 Bauern und Tagelöhner selbst getötet. Viele von ihnen tranken giftige Pestizide.

Experten gehen davon aus, dass es eine klare Verbindung zwischen dem Leid der Bauern und dem Klimawandel gibt. Demnach soll die Erderwärmung in den vergangenen 30 Jahren zu insgesamt fast 60.000 Selbstmorden in Indien geführt haben, warnt die Agrarökonomin Tamma Carleton von der US-Universität Berkeley. Vergangenes Jahr hat sie eine viel beachtete Studie zu dem Thema veröffentlicht. An Tagen, an denen es wärmer ist als

20 Grad, führt ihren Berechnungen zufolge eine Erwärmung um jedes weitere Grad im Schnitt zu 70 Selbstmorden. Dieser Effekt tritt nur in der Jahreszeit auf, in der die Pflanzen wachsen.

Angesichts des fortschreitenden Klimawandels dürfte sich die kritische Situation in den ländlichen Regionen des Subkontinents weiter zuspitzen. Klimaforscher halten es für möglich, dass sich Indien bis 2050 um durchschnittlich drei Grad erwärmt. Doch schon heute gelingt es vielen indischen Bauern nicht, sich an das heißere Klima anzupassen. „In jedem Dürrejahr geraten viele Kleinbauern in eine existenzielle Krise“, sagt Anja Mertineit, Expertin für ländliche Entwicklung bei der Hilfsorganisation Misereor. „Nach schlechten Ernten können sie die Kredite für das teure Saatgut, Dünger und Pestizide nicht zurückbezahlen, und müssen schon wieder neue aufnehmen für die nächste Saison.“

Schätzungen gehen davon aus, dass rund zwei Drittel der Felder auf dem Subkontinent nicht systematisch bewässert werden können. Das macht die indischen Bauern hochgradig abhängig von Niederschlag. „Wird den Familien nicht geholfen, ist es wahrscheinlich, dass wir wegen des sich verschlimmernden Klimawandels in Indien noch mehr Suizide sehen werden“, prognostiziert Forscherin Carleton.

Auch Bauer Pokale sieht die Zukunft für viele seiner Nachbarn im Dorf düster. Während die Temperaturen immer weiter steigen, könnten sich nur wenige Bauern auf die neuen Bedingungen einstellen. Einige hätten noch die Hoffnung, dass schon bald wieder mehr Niederschlag falle und ihre Felder wieder höhere Erträge bringen. Die Zeiten mit mehr Regen wünscht auch Pokale sich zurück. Doch er spürt, dass diese guten Tage wohl endgültig vorbei sind. | |



Frederic Spohr
ist seit 2012

Asien-Korrespondent und
bereit von Bangkok aus
Indien und Südostasien.



Die Treatment Action Campaign in Südafrika erkämpft Verbesserungen für Menschen mit HIV/Aids. Brot für die Welt unterstützt sie dabei.

Politische Teilhabe erstreiten und verteidigen

Kirchen und Zivilgesellschaft als Akteure des gesellschaftlichen Wandels

| Cornelia Füllkrug-Weitzel

Kirche soll sich an der Seite der Zivilgesellschaft in gesellschaftliche Veränderungsprozesse einbringen, in unserer eigenen Gesellschaft wie in den Ländern des Südens. Von diesem Anspruch waren Brot für die Welt und Misereor bereits in ihren Anfangsjahren geleitet. Die Angriffe heute gegen zivilgesellschaftliche Akteure weltweit sind eine Gefahr für die Demokratie selbst. Mehr denn je müssen kirchliche Werke sich für die Verteidigung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume stark machen.

Sommer 1967 in Berlin. Bei einem Gerichtsprozess gegen Studentinnen und Studenten, die ihren Protest gegen den Vietnamkrieg auf die Straßen der Stadt getragen hatten, fragte der Richter einen der Angeklagten: „Meinen Sie denn, dass sich in Vietnam etwas ändert, wenn Sie hier demonstrieren?“ Die Antwort lautete: „Nein, aber hier!“

Professor Helmut Gollwitzer erzählte diese Anekdote bei seiner Rede auf der großen Anti-Vietnamkriegs-Kundgebung in Berlin am 27. Oktober 1967. Er lenkte damit den Blick auf die Veränderungen, die der Protest der Studierenden und das Engagement für internationale Solidarität im öffentlichen Bewusstsein unserer eigenen Gesellschaft eingeleitet hatten. Ganz unabhängig davon, wie bescheiden

der Einfluss der internationalen Solidaritätsbewegung von damals und der developmentpolitischen Zivilgesellschaft von heute auf Unrechtsregime, Krieg und unwürdige Lebensverhältnisse gewesen sein mag – nicht zu bestreiten ist, dass sie die öffentliche Meinung und die Gesellschaft hierzulande nachhaltig geprägt haben und weiterhin prägen.

| „Es geht nicht ohne jeden von uns“

Der Theologe Gollwitzer war es auch, der bereits bei seiner Rede zum Start der ersten Aktion Brot für die Welt am 12.12.1959 die Kirchen und alle Christinnen und Christen aufforderte, sich für den Kampf gegen Hunger und Armut zu engagieren. Mit Blick auf die bereits angelaufenen developmentpolitischen Programme einzelner Staaten betonte er vor



Foto: picture alliance/Klaus Rose

Der Theologe Helmut Gollwitzer (M.) bei einer Friedensdemonstration in Bonn 1981 mit mehr als 300.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

über 12.000 Zuhörerinnen und Zuhörern in der Berliner Deutschlandhalle: „(...) das reicht nicht. Es geht nicht ohne einen jeden von uns. Erst wenn wir uns nicht mehr drauf verlassen, dass andere Instanzen das Problem schon lösen werden; erst dann, wenn wir es uns selbst so auf den Nägeln brennen lassen, wie es als Weltproblem Nr. 1 brennen soll, bekommt die Sache die nötige Dynamik. Dann bildet sich eine öffentliche Meinung, die auf die Regierungen drückt.“ Und bei der Spandauer Tagung der vierten Synode der EKD im Oktober 1968 war es wiederum Helmut Gollwitzer, der an die Synodalen appellierte: „Die Kirche muss zur pressure group in Entwicklungsfragen werden.“

Gollwitzer zitierte in seinem Vortrag ein Votum der unmittelbar vorausgegangenen vierten Vollversammlung des Weltrats der Kirchen in Uppsala: „Die Kirchen sollen sich auf verantwortliche Weise an Bewegungen für radikale strukturelle Wandlungen beteiligen, die notwendig sind, um eine größere Gerechtigkeit in der Gesellschaft zu erreichen“. Unter dem Eindruck der Vollversammlung forderte die Synode der EKD die Gliedkirchen dazu auf, zusätzlich zu den Spenden und Kollekten von Brot für die Welt auch Haushaltsmittel für die Entwicklungsarbeit der Kirchen bereitzustellen. Die Spandauer Beschlüsse gelten daher auch als Geburtsstunde des Kirchlichen Entwicklungsdienstes.

| Entwicklung muss von unten wachsen

So sind bereits die Anfangsjahre der kirchlichen Entwicklungsarbeit seit der Gründung von Brot für die Welt und von Misereor vom

Anspruch geleitet, dass sich Kirche an der Seite der Zivilgesellschaft in gesellschaftliche Veränderungsprozesse einbringen soll, in unserer eigenen Gesellschaft wie auch in den Ländern des Südens. Die konkrete Hilfe für Menschen durch Linderung ihrer Not und zur Verbesserung ihrer Lebenssituation ist das eine – und auch bis heute ein Gebot der Solidarität und Barmherzigkeit. Sie bedarf aber notwendig der Ergänzung durch die Einmischung in die Politik und die Mitgestaltung des gesellschaftlichen Wandels. Entwicklung muss von unten wachsen – kirchliche und zivilgesellschaftliche Entwicklungsakteure definieren sich damit nicht in Abgrenzung, sondern ergänzend zur staatlichen Entwicklungszusammenarbeit.

Die Kirchen verfügen über ein weitverzweigtes Netzwerk von Partnerkirchen und -organisationen, die nahe an den Menschen vor Ort sind beziehungsweise von ihnen selbst getragen werden. Sie erreichen damit Zielgruppen und Regionen, die für staatliche Institutionen nur schwer zugänglich sind. In Anerkennung dieser weitläufigen Verankerung an der gesellschaftlichen Basis, gerade auch in Ländern, in denen seinerzeit eine unmittelbare Zusammenarbeit von Regierung zu Regierung nicht möglich war, hat die Bundesregierung bereits ab 1962 den Kirchen Bundesmittel für ihre Entwicklungsmaßnahmen im Rahmen einer sogenannten Globalbewilligung zur Verfügung gestellt.

Die kirchlichen Werke und ihre Partnerorganisationen ergreifen Partei für die

Schwächsten und Verletzlichsten. So lautet auch ihr in der Satzung festgeschriebener Auftrag. Die Verbesserung des gesellschaftlichen Status der Adivasi und Dalits in Indien, der erfolgreiche Kampf der Treatment Action Campaign in Südafrika für den Zugang zu kostenlosen Medikamenten für HIV-infizierte werdende Mütter, die strikte Beachtung der Geschlechtergerechtigkeit in allen Programmen – von der Einführung neuer landwirtschaftlicher Methoden in Kenia bis zu Einkommen schaffenden Maßnahmen in Bolivien – oder der Rückgang ausbeuterischer Kinderarbeit nicht zuletzt durch das Engagement des „Global March against Child Labour“ sind wichtige Beispiele für erfolgreiche Veränderungsprozesse zugunsten der Benachteiligten, die von Brot für die Welt umfangreich gefördert wurden.

| Zivilgesellschaft als weltpolitischer Akteur

Die Rolle, die die Zivilgesellschaft auch auf der internationalen Ebene für den gesellschaftlichen Wandel spielt, wurde erst Anfang der 1990er Jahre weithin anerkannt. Die Agenda 21, die bei der Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro verabschiedet wurde, markiert eine Zäsur in der internationalen Politik. Das Ausmaß der Einbeziehung nichtstaatlicher Akteure in die Konferenz war ebenso ein Novum wie die Breite, in der diese im Abschlussdokument gewürdigt wurden. Über 1400 nichtstaatliche Organisationen (NGOs) waren beim Weltgipfel in Rio akkreditiert, mehr als je zuvor. Sie sind seither aus vielen Bereichen der internationalen Politikgestaltung nicht mehr wegzudenken. Und in der Agenda 21 selbst wird der Einbeziehung der NGOs und der Mobilisierung der Öffentlichkeit eine Schlüsselrolle für eine nachhaltige Entwicklung der Welt beigemessen. Damit hat der UN-Gipfel der Einsicht Rechnung getragen, dass staatliche Instrumente allein nicht ausreichen, um das hier formulierte ambitionierte Aktionsprogramm in allen Bereichen der Gesellschaft umzusetzen. Ohne eine Teilhabe der breiten Öffentlichkeit, ohne Sachkompetenz und Verantwortungsbewusstsein der Bevölkerung und ohne die Mitwirkung der zivilgesellschaftlichen Akteure kann die Neuorientierung in Richtung

Indigene aus Brasilien protestieren im April 2017 in Brasilia gegen die Verletzung ihrer Landrechte. Die Polizei geht gewaltsam gegen die Demonstranten vor.

Nachhaltigkeit weder in den reichen noch in den armen Staaten gelingen.

| Fehlt es an Durchsetzungskraft?

Der Einfluss, den die evangelischen Entwicklungsakteure auf die Politik nehmen können, wurde noch Ende der neunziger Jahre als eher bescheiden eingeschätzt. So sah der Politikwissenschaftler Ulrich Willems 1998 in einer Studie noch als ihr „größtes Verdienst (...) die Platzierung des Issues Entwicklung auf der politischen Agenda erheblich unterstützt und gefördert zu haben“. Als eklatante Schwäche allerdings wertete Willems, dass es der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) an Konfliktfähigkeit und Mobilisierungskraft fehle. Dies sei nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass die EKD ein Spiegelbild gesellschaftlicher Pluralität und Heterogenität sei. Dementsprechend blieben ihre politischen Positionen im gesellschaftlichen Diskurs.

Dem ist freilich entgegenzuhalten, dass mit der Bündelung der Strukturen kirchlicher Entwicklungsarbeit, zunächst mit der Gründung des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) im Jahr 1999, dann mit dem Evan-



Foto: Reuters/Gregg Newton

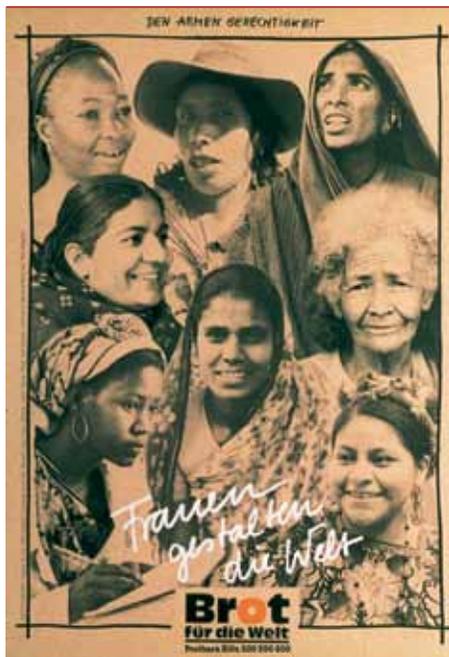
gelischen Werk für Diakonie und Entwicklung 2012, inzwischen ein gewichtiger Akteur sowohl der internationalen Zusammenarbeit als auch der entwicklungspolitischen Advocacy und Bewusstseinsbildung entstanden ist. In Verbindung mit den landeskirchlichen Strukturen sowie nationalen und internationalen zivilgesellschaftlichen Netzwerken hat das Werk deutlich an Einfluss gewonnen. Vom Einsatz für eine faire und nachhaltige EU-Fischereipolitik bis zur Berücksichtigung der Interessen der vom Klimawandel betroffenen Staaten bei den UN-Klimagipfeln, von der Aufnahme des Rechts auf Wasser in den Katalog der Menschenrechte bis zur entwicklungspolitischen Kritik verschiedenster Freihandelsabkommen hat die politische Arbeit unseres Werkes durchaus deutliche Spuren hinterlassen und damit Hebel aktivieren geholfen, die sehr viel für nachhaltige Entwicklung bewirken. Und in vielen Themenfeldern ist gerade auch die enge Zusammenarbeit von Brot für die Welt und Misereor ein wichtiger Erfolgsfaktor.

| Shrinking space als Krise der Demokratie

Die Zivilgesellschaft ist ein auch von weiten Teilen der Politik geschätztes kritisches Gegenüber. In vielen Ländern der Welt lässt sich derzeit jedoch eine dramatische Gegenbewegung zum zivilgesellschaftlichen Aufbruch der beiden vergangenen Jahrzehnte beobachten: Viele unserer Partner erleben

massive Einschränkungen in ihrer Arbeit, beispielsweise durch den Stopp von Geldtransfers, durch staatliche Zensur oder durch restriktive rechtliche Bestimmungen, die das öffentliche Wirken oder auch die Gründung von Organisationen unterbinden. Auch sind Kriminalisierung und Verfolgung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und von Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten an der Tagesordnung.

Die Kraft der internationalen Zivilgesellschaft steht damit vor einer schweren Bewährungsprobe. Es geht dabei nicht nur um die Existenz der einen oder anderen NGO oder um die gefährdete Vielfalt der zivilgesellschaftlichen Landschaft. Vielmehr steht die Demokratie selbst auf dem Spiel. Mit der Repression gegenüber der Zivilgesellschaft erodieren auch fundamentale demokratische Errungenschaften. Auch an dieser Stelle ist wiederum an Helmut Gollwitzer zu erinnern, der bei seinem Vortrag auf der Spandauer Synode 1968 deutlich gemacht hatte: „Demokratie gibt es nur als Demokratisierung. Der Kirche darf das nicht fremd sein.“ Die Kirche sollte vielmehr an der vordersten Front derer stehen, die die Demokratie und die Menschenrechte verteidigen.



Plakat aus dem Jahr 1995.



Pfarrerin Dr. h.c. Cornelia Füllkrug-Weitzel ist Präsidentin von Brot für die Welt.

Die Welt wäre düster ohne die Zivilgesellschaft

Errungenschaften zivilgesellschaftlichen Engagements

| Maina Kiai

Eine lebendige Zivilgesellschaft ist Grundlage für menschenwürdige Lebensbedingungen, demokratische Werte und eine nachhaltige Entwicklung. Doch trotz aller Anerkennung, die sie erfährt, steht die Zivilgesellschaft heute unter einem Druck, der die demokratischen Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte erschüttert.

Im Juni 2017 habe ich als Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit dem Menschenrechtsrat meinen letzten Bericht vorgelegt. Er widmete sich vor allem der Frage, welchen Beitrag die Zivilgesellschaft für den gesellschaftlichen Fortschritt leistet. Der Bericht war als Antwort auf die im vergangenen Jahrzehnt zunehmenden Angriffe auf die Zivilgesellschaft gedacht, die nun allgemein als „Einschränkung der Handlungsräume der Zivilgesellschaft“ diskutiert werden. Überall auf der Welt gibt es schwere Attacken und Anfeindungen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen. Meist gehen sie von staatlichen Akteuren aus.

| Zivilgesellschaftliche Organisationen: keine Feinde, sondern Verbündete

Der Bericht sollte zivilgesellschaftlichen Organisationen Argumente an die Hand geben. Er sollte ihnen helfen, der Öffentlichkeit deutlich zu machen, warum Menschen, die sich selbstorganisiert für eine gemeinsame Sache einsetzen, Verbündete sind – und nicht Feinde, wie manche Behörden sie darstellen. Ich habe den Bericht in der Hoffnung geschrieben, dass die Zivilgesellschaft ihn nutzen kann, um eine offensive Strategie zu entwickeln und nicht nur in die Defensive zu gehen. Außerdem sollte er Staaten an die zentrale Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen erinnern, die gerade dann am besten arbeiten, wenn sie unabhängig agieren können und nicht unter staatliche Kontrolle gestellt sind. Ansonsten würden sie zu zivilgesellschaftlichen Bürokratien und verlören ihren innovativen, kreativen und entschlossenen Charakter.

Selbst den autokratischsten Staaten leuchtet ein, dass es für gesellschaftlichen Fortschritt und Zusammenhalt eine Zivilgesellschaft braucht. Jeder Staat versteht, dass sich Menschen zusammenschließen, um Ziele zu erreichen, die höher sind als die des Einzelnen und die zum gesellschaftlichen Wohlergehen beitragen. Es gibt keinen Staat, der Sportvereine missbilligt, auch wenn manche sicherlich versuchen, Frauen von bestimmten Sportarten auszuschließen. Auch schätzen die meisten Staaten die Dienstleistungen des Roten Kreuzes, des Roten Halbmonds und anderer Organisationen, die humanitäre Hilfe und Sozialdienste leisten.

Zivilgesellschaftliche Organisationen werden allerdings für autokratische Staaten dann zum Problem, wenn sie strikt unabhängig agieren und sich dem staatlichen Diktat widersetzen. Daher werden die Organisationen, die Machthaber – sowohl staatliche als auch nicht-staatliche – kritisieren und von ihnen Rechenschaft fordern, am häufigsten angegriffen und beschimpft. Dies gilt nicht nur für diejenigen, die sich für Menschenrechte und Demokratisierung einsetzen. Wenn Entwicklungs- und Nothilfeorganisationen Alarm schlagen, weil Katastrophen wie Hungersnöte drohen, werden auch sie von Staaten drangsalieren, die nicht wollen, dass die Weltgemeinschaft davon erfährt. Verständlich: Hungersnot ist ein deutliches Indiz für die Inkompetenz des Staates, wenn man einmal von umweltbedingten Faktoren absieht. Außerdem mögen manche Machthaber neidisch die erheblichen Gelder im Blick haben, die einige große Nothilfeorganisationen verwalten, und würden sich gern Zugang dazu verschaffen.

| Mut, Durchhaltevermögen und Entschlossenheit

Die Welt sähe anders aus ohne den Mut, das Durchhaltevermögen und die Entschlossenheit zivilgesellschaftlicher Organisationen. Sklaverei und Sklavenhandel wurden weltweit aufgrund des Engagements der Zivilgesellschaft gebannt. Frauen erhielten das Wahlrecht und haben in vielen Teilen der Welt an Einfluss gewonnen, weil zivilgesellschaftliche Organisationen sich dafür eingesetzt haben – oft unter großen Gefahren und



Opfern. Man denke nur an die Inhaftierung der ersten Frauenrechtlerinnen.

Heute wird die Vielfalt der Menschen und ihrer Lebensweise weltweit immer mehr respektiert. Dafür haben LGBTIQ-Gruppen – die Abkürzung steht für „Lesbian Gay Bisexual Trans Intersex Queer“ – lange gearbeitet. Sie haben von Regierungen die Anerkennung aller ihrer Rechte eingefordert und Überzeugungsarbeit in der Bevölkerung geleistet, um zu zeigen, dass sexuell queer orientierte Menschen genau so sind wie heterosexuell lebende. Es ist beeindruckend, wieviel die LGBTIQ-Gemeinschaft schon erreicht hat, auch wenn noch viel zu tun ist. Die katholischen Länder in Südamerika beispielsweise verbieten nun Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung. Gleichgeschlechtliche Ehen – die vor zehn Jahren noch undenkbar waren – werden in Südamerika, Nordamerika und Europa zunehmend akzeptiert.



Mit Kerzen in der Hand fordern im August 2013 tausende Südkoreaner die damalige Staatspräsidentin Park Geun-Hye auf, Verantwortung für einen Geheimdienst-Skandal zu übernehmen, in den sie verwickelt ist.

Foto: Reuters/Lee Jae-Won

Die Bürgerrechtsbewegung in den USA hat durch ihren unglaublichen Marsch für Gleichberechtigung und Gleichstellung von Afroamerikanern Millionen Menschen weltweit inspiriert. Die Freiheitsbewegungen in Afrika und Asien wurzelten in der Zivilgesellschaft. Sie haben die formelle politische Kolonisation beendet und den Status von Menschen nicht-weißer Hautfarbe weltweit verbessert. Die Anti-Apartheid-Bewegung als zivilgesellschaftliche Bewegung hat die Apartheid in Südafrika 1994 beendet – obgleich es schien, dass das System der Rassentrennung bis ins 21. Jahrhundert fortbestehen würde.

Nicht zu vergessen ist das Engagement der Gewerkschaften, das eine Arbeit in Würde sicherstellen und Einkommensungleichheit ver-

ringern soll. Die ständige vorsätzliche Schwächung der Gewerkschaften mündete in drastisch steigende soziale Ungleichheiten und führte zu Frustration, Ärger und Verbitterung, die Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz Vorschub leisten.

„Gäbe es nur einen einzigen Grund, die Zivilgesellschaft zu würdigen, wäre es der, dass sie uns menschlicher macht.“

Ihre jüngsten Erfolge hat die Zivilgesellschaft mit der Absetzung der korrupten Regime in Südkorea, Armenien und Malaysia erzielt. In Südkorea mobilisierte sie zwanzig Wochen lang jede Woche friedliche Proteste mit mehr als einer Million Menschen und zwang so das Parlament, die korrupte Präsidentin abzusetzen. Sie muss sich nun vor Gericht verantworten. Bereits einige wenige Aktionen können Selbstvertrauen und nationale Verbundenheit wecken

und zu einer nachhaltigen Demokratisierung führen.

und zu einer nachhaltigen Demokratisierung führen.

Die kenianische Verfassung von 2010 ist eine der progressivsten weltweit und ein Produkt zivilgesellschaftlicher Beteiligung und Kämpfe. Der Entwurf von 1995 wurde von der Kenianischen Menschenrechtskommission verfasst, deren Vorsitzender ich damals war. Die Law Society of Kenya und die International Commission of Jurists Kenya hatten eine nationale Bewegung ins Leben gerufen. Sie eroberte 1997 das Land im Sturm.

| Aktionen der Zivilgesellschaft gegen den Klimawandel

Der Klimawandel ist inzwischen eine der größten Bedrohungen für die Menschheit. Jahrzehntlang hat die Zivilgesellschaft umfassende Studien erstellt und aufsehenerregende Aktionen unternommen, um auf dieses existenzielle Problem hinzuweisen. Dank dieser Bemühungen haben einige Staaten dessen Bedeutung erkannt und Schritte zur Reduzierung der schädlichen CO₂-Emissionen unternommen.

Dass Kenias Waldbestand innerhalb weniger Jahre von 1,7 auf heute 8 Prozent angewachsen ist, ist das Verdienst der großartigen und unermüdlichen Arbeit des Green Belt Movement. Diese Organisation hat die Nobelpreisträgerin Wangari Maathai gegründet und geleitet, mit hohen Risiken für ihr eigenes Leben und ihre Freiheit.

Gäbe es nur einen einzigen Grund, die Zivilgesellschaft zu würdigen, wäre es der, dass sie uns menschlicher macht: Sie versucht, die Auswüchse unserer Gesellschaft zu kontrollieren und bahnt die Wege für eine soziale, intellektuelle und menschliche Entwicklung. Wir sind klug beraten, die Zivilgesellschaft wertzuschätzen, da wir schließlich alle auf die eine oder andere Weise Teil der Zivilgesellschaft sind. | |

Aus dem Englischen von Karin Saarmann.



Maina Kiai, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Versammlungsfreiheit, arbeitet zurzeit für InformAction, Kenia.

Länderbeispiel

Tschad unterdrückt die Zivilgesellschaft

Unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung werden im Tschad grundlegende Freiheitsrechte verletzt. Der korrupte Clan von Staatspräsident Idriss Déby Itno veruntreut die Einnahmen aus dem Ölsektor. Das Geld wird in die Armee und die Polizei investiert, die Zivilgesellschaft gerät zunehmend unter Druck. Der folgende Beitrag ist die Kurzfassung eines Berichts im „Atlas der Zivilgesellschaft“ von Brot für die Welt.

Als die Weltbank im Jahr 2000 grünes Licht für die Tschad-Kamerun-Pipeline gab, war der Optimismus im Tschad groß. Denn die Pipeline ermöglicht dem westafrikanischen Binnenstaat den Erdöl-Export. Seit im Jahr 2003 die Ölförderung begann, sind rund 13 Milliarden US-Dollar in die Staatskasse geflossen. Zur Entwicklung des Landes haben sie jedoch nicht beigetragen. Stattdessen ist das Land im Human Development Index noch weiter zurückgefallen und liegt heute auf dem drittletzten Platz weltweit. Die Gewinne aus dem Ölsektor, der Haupteinnahmequelle des Tschad, werden in weiten Teilen von dem seit 1990 regierenden Staatspräsidenten Idriss Déby Itno und korrupten Mitgliedern seiner Familie kontrolliert.

Déby kam nach einem Putsch gegen seinen Vorgänger Hissène Habré, der mittlerweile von einem Tribunal im Senegal als Kriegsverbrecher verurteilt wurde, an die Macht. Er wollte sich von dessen Politik absetzen und demokratische Freiheiten garantieren. Die guten Vorsätze aber scheinen längst vergessen. Sein Regime agiert zunehmend repressiv und versucht, zivilgesellschaftlichen Protest mit allen Mitteln zu unterbinden. Unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung werden im Tschad grundlegende Freiheitsrechte verletzt. Menschenrechtsverteidiger, Oppositionelle und Journalisten werden verfolgt, bedroht, eingesperrt und gefoltert.

Als Menschenrechtsorganisation setzt sich die Brot für die Welt-Partnerorganisation „Ligue Tschadienne de Droits de L'Homme“

seit 2011 für diese Gruppen ein. Die Organisation kämpft gegen Straflosigkeit in Fällen gewaltsamen „Verschwindenlassens“ und tritt für die Stärkung des Rechtsstaats ein. Das Projekt unterstützt Präventivmaßnahmen, damit Menschenrechtsverteidiger sich bei akuter Gefahr in Sicherheit bringen können. Dazu gehören beispielsweise ein Notrufnetzwerk, Aktivitäten zu Cyber-Sicherheit und regelmäßige Treffen zum Austausch.

Nicht nur im Tschad, sondern weltweit ist die Entwicklung alarmierend: Nur zwei Prozent der Weltbevölkerung leben in Ländern mit offener Zivilgesellschaft. Der Atlas der Zivilgesellschaft von Brot für die Welt und CIVICUS, einem weltweiten

Netzwerk für Bürgerbeteiligung, hat das Anfang 2018 deutlich gemacht. Die Fakten zeigen: Auch wenn sich in einzelnen Ländern – etwa durch Demokratisierung und Dezentralisierung – neue Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen, wird der Trend des „shrinking space for civil society“ (schrumpfender Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft) weltweit immer stärker. | |

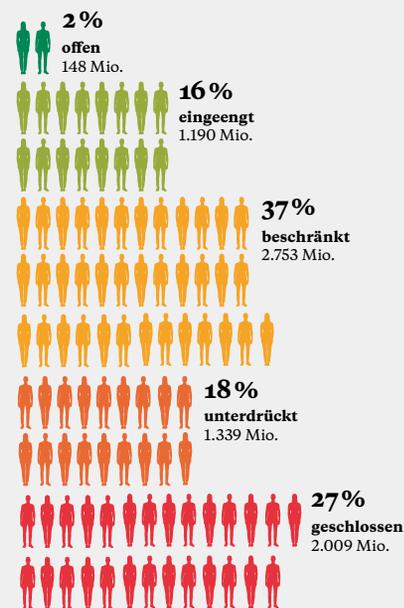
Zusammengefasst von Ellen Köhrer, Brot für die Welt.

Atlas der Zivilgesellschaft – Report zur weltweiten Lage, Brot für die Welt (Hrsg.)
Bestellung + PDF-Download:
www.shop.brot-fuer-die-welt.de

Schrumpfender Handlungsraum der Zivilgesellschaft

Nur **2%** der Weltbevölkerung leben in Staaten mit offener Zivilgesellschaft

7,2 Milliarden Menschen leben dagegen in Ländern, die gesellschaftliche Freiheiten einschränken



Grafik: Brot für die Welt; Quelle: CIVICUS

Grußwort zum 60-jährigen Bestehen von Brot für die Welt und Misereor

Die Herausforderungen von heute sind grenzüberschreitend

| Bundesminister Dr. Gerd Müller

Nächstenliebe, Solidarität, Gerechtigkeit für unsere Eine Welt, Verantwortung der Starken für die Schwachen – dafür stehen Misereor und Brot für die Welt seit nunmehr 60 Jahren. Mit der Gründung der beiden Hilfswerke waren die Kirchen Vorreiter der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Seit Beginn der staatlichen Entwicklungspolitik begleiten die kirchlichen Hilfswerke unsere Arbeit – als starke, zuverlässige und manchmal auch kritische Partner. Dafür möchte ich meinen Dank, meinen Respekt und meine Anerkennung aussprechen.

Offenheit, Barmherzigkeit und die Bewahrung der Schöpfung sind die Eckpfeiler christlicher Entwicklungspolitik. So sind Misereor und Brot für die Welt offen für alle Menschen, die in Not sind – unabhängig von Geschlecht, Nation oder Religion. Sie nehmen sich dieser Menschen an. Sie setzen sich für nachhaltige Entwicklung ein, damit Kinder und Enkelkinder überall auf der Welt Zukunftschancen haben. All das macht die kirchlichen Hilfswerke zu glaubwürdigen und hoch geschätzten Partnern – für die deutsche Entwicklungspolitik wie auch für unsere Partnerländer.

Seit Jahrzehnten arbeiten wir gemeinsam daran, dass alle Menschen auf der Welt ein Leben ohne Hunger, ohne Armut, ohne Not führen können. Wir wollen für die Menschen in ihrer Heimat Chancen und Zukunft schaffen. Und es gibt dabei Erfolge:

Vor 60 Jahren lebte über die Hälfte der Weltbevölkerung in Armut, die Lebenserwartung lag bei 48 Jahren, und die meisten Menschen in Entwicklungsländern starben an einfachen Infektionskrankheiten. Inzwischen sind Wirtschaft und Handel um ein Vielfaches gewachsen. Krankheiten wie Polio sind heute beinahe besiegt. Die Lebenserwartung ist auf 70 Jahre gestiegen, also um über 20 Jahre. Mehr Menschen haben bessere Nahrung, mehr Mütter überleben Geburten, mehr Kinder gehen zur Schule, mehr Menschen erreichen ein hohes Alter. Das sind auch die Erfolge der beiden kirchlichen Hilfswerke.

Zugleich aber hat sich die Weltbevölkerung mehr als verdoppelt, auf heute 7,5 Milliarden Menschen. Jedes Jahr kommen weitere 80 Millionen dazu. Sie alle wollen sich ernähren, kleiden, wohnen, arbeiten. Und sie wollen in Frieden und Sicherheit mit einer intakten Natur leben.

Die Herausforderungen von heute sind global und grenzüberschreitend. Wir als Weltgemeinschaft müssen sie gemeinsam angehen! Misereor und Brot für die Welt nehmen sich dieser Herausforderungen an. Sie sind mehr als karitative Werke. Sie sind weltweit vernetzt, fest verwurzelt in unseren Partnerländern und haben große fachliche Expertise. Sie erreichen die Menschen auch dort, wo staatliche Stellen keinen Zugang haben, etwa in Ländern mit fragiler Staatlichkeit. Ihre Stimme wird gehört.

Das konnte ich im Rahmen meiner Reisen oft eindrucksvoll erleben. Zum Beispiel in Ägypten: Hier hat der langjährige Partner von Brot für die Welt, das soziale Hilfswerk der Koptisch-Evangelischen Kirche, eine führende Rolle im interkulturellen Dialog eingenommen. Bei einer Reise nach Eritrea war der Vertreter von Misereor für mich wertvoller Begleiter und erfahrener Ratgeber.

Foto: Michael Gottschalk/photothek.net



Dr. Gerd Müller ist Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Es bleibt viel zu tun, damit alle Menschen auf der Welt ein Leben in Würde führen können. Die Agenda 2030, dieser Weltzukunftsvertrag mit seinen 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung, gibt uns die Richtung vor. Gemeinsam werden wir daran arbeiten, dass diese Ziele Wirklichkeit werden. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit! | |



Plakat von Brot für die Welt, 1989.



Plakat von Misereor, 2017.

Gleichberechtigung ist überfällig

Empowerment von Frauen ist ein Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung

| Agnes Abuom

Die Jubiläen von Brot für die Welt und Misionar sind ein guter Anlass, die gemeinsamen Anstrengungen der Kirchen und der beiden Werke in einer Welt, die durch Konflikte und Ungleichheit gekennzeichnet ist, zu reflektieren. Immer deutlicher wird dabei, welche herausragende Rolle der Kampf zur Überwindung der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern gespielt hat und weiterhin spielt.



Foto: Christoph Püschner/Brot für die Welt

Das Laya Resource Centre in Indien stärkt Adivasi-Frauen. Links im Bild: Geschäftsführerin Nafisa Goga D'Souza.

Noch ist das Ziel nicht erreicht, dass jedes Mädchen und jede Frau Zugang zu Bildung, Gesundheitsvorsorge, menschenwürdiger Arbeit und Teilhabe an politischen und wirtschaftlichen Prozessen hat. Doch viele Erfolge wurden errungen. Besonders im Gesundheitsbereich und in der Bildung sind große Fortschritte gemacht worden. Mehr Mädchen als je zuvor können eine Schule besuchen. Mit Hunderttausenden von Frau-

en, denen weibliche Genitalverstümmelung, Zwangsheiraten und Diskriminierung erspart wurden, und vielen Frauen, die von verbesserten wirtschaftlichen Lebensbedingungen profitieren und für ihre Familien sorgen können, blicken wir auf 60 Jahre zurück und sind stolz auf den unermüdlichen Einsatz von Frauen und Männern, die für mehr Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und für die Verwirklichung der Rechte der Frauen gearbeitet haben.

Über die Jahre hat Brot für die Welt Frauen in Führungspositionen in seinen eigenen Strukturen gefördert und Entwicklungspartner dazu ermutigt, das gleiche in ihren jeweiligen Kontexten zu tun. Das kirchliche Werk hat das Empowerment von Frauen weltweit unterstützt und dabei darauf hingewirkt, dass Projekte gendersensitiv ausgerichtet, aber auch gezielt Frauenorganisationen gefördert werden. Diese zweigleisige Strategie zum Empowerment von Frauen hatte Erfolg. Partnerschaften mit lokalen Gemeinschaften und religiösen Organisationen, die für die wirtschaftliche Stärkung von Frauen arbeiten und auch politisch für deren Rechte eintreten, sind wichtige Hebel für den Aufbau einer nachhaltigen und gerechten Gesellschaft.

| Hindernisse auf dem Weg zu Geschlechtergerechtigkeit

Die Bedeutung von Geschlechtergerechtigkeit für eine friedliche und nachhaltige Gesellschaft mag heute weithin anerkannt sein und Frauen neue Perspektiven zur Teilhabe an sozio-ökonomischen Aktivitäten eröffnen. Doch noch immer gibt es viele Hindernisse, die der vollen Anerkennung der Menschenwürde und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen entgegenstehen. Dazu gehören sexuelle und genderbasierte Gewalt, diskriminierende Regelungen zum Beispiel bei Erbschaften und für den Landbesitz, Zwangsheiraten und die Beschränkung der Möglichkeit, außer Haus zu arbeiten.

Auch tun sich neue Hürden auf, denn Ausmaß und Formen von Ungleichheit und Ungerechtigkeit in der Welt haben sich gewandelt. Auch wenn eine Reihe von Ländern

wirtschaftliches Wachstum aufweist, vertieft sich die Kluft zwischen den Bessergestellten und den ländlichen und städtischen Armen. Das hat auch Folgen für die Rolle der Frauen – und erfordert neue innovative Strategien. Noch immer sind politische Macht, Führung und Entscheidungsfindung hauptsächlich von Männern dominiert. Frauen müssen gestärkt werden, um volle Teilhabe an Prozessen der Konflikttransformation zu haben und ihre Fähigkeiten etwa in Friedensverhandlungen einzubringen.

Gendergerechtigkeit hat auch mit der Verfügbarkeit von Ressourcen für Frauen zu tun. Dies kann nicht allein durch Entwicklungshilfe ermöglicht werden. So ist es beispielsweise nötig, auf Steuerregelungen zu drängen, die Korruption wirksam bekämpfen und verhindern, dass Ressourcen außer Landes abgezogen werden. Eine Genderstrategie sollte systematisch auf allen Ebenen des nationalen Budgets umgesetzt werden. Erforderlich sind auch höhere Investitionen in Frauenorganisationen. Die Unterstützung für Frauenorganisationen ist minimal, Regierungen und Geber konzentrieren sich lieber auf Themen wie ansteckende Krankheiten oder Katastrophen. Einen hohen Bedarf gibt es für die wirtschaftliche Förderung von Frauen. Dafür muss mehr getan werden, als nur Kleinkredite zu vergeben. Nötig ist vor allem, die Arbeitsbedingungen von Frauen auch durch die Festlegung entsprechender Standards zu verbessern.

Die gemeinsame Reise in eine Zukunft, in der Männer und Frauen, Mädchen und Jungen erhobenen Hauptes nebeneinander gehen können und ihren jeweiligen einzigartigen Beitrag zur Gesellschaft wertschätzen, ist noch nicht zu Ende. | |

Aus dem Englischen von Karin Saarmann



Dr. Agnes Abuom ist Vorsitzende des Zentralkomitees des Ökumenischen Rates der Kirchen und Direktorin von TAABCO Research and Development Consultants, Nairobi.

Mit Recht für mehr Gerechtigkeit

Die Bedeutung des menschenrechtsbasierten Ansatzes in der Entwicklungszusammenarbeit

| Sarah Lincoln

Vor 70 Jahren, aufgerüttelt von den Schrecken des Zweiten Weltkrieges, hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet. Deren Leitbild ist das Streben nach einer „Welt, in der die Menschen Rede- und Glaubensfreiheit und Freiheit von Furcht und Not genießen“. Die Stärkung der Menschenrechte ist heute ein elementarer Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde zum Grundpfeiler der heutigen internationalen Menschenrechtsordnung. Erst mit dieser Erklärung und den darauf folgenden Menschenrechtsverträgen sind international anerkannte Menschenrechtsstandards entstanden, auf die sich zivilgesellschaftliche Organisationen gegenüber Regierungen und vor Menschenrechtsgerichtshöfen berufen können. Alle Menschen haben das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, auf Teilhabe und politische Mitbestimmung. Das bedeutet auch: Sie sind keine passiven Empfängerinnen karitativer Hilfe, sondern selbstbestimmte Menschen mit Rechtsansprüchen. Beim rechtsbasierten Ansatz in der Entwicklungsarbeit geht es darum, Menschen dabei zu unterstützen, für ihre Rechte einzutreten. Dabei werden strukturelle Ursachen von Armut angegangen, wie die ungleiche Verteilung von Ressourcen und Macht.

| Zelte aus Müll, Löcher mit einem Dach darüber

So hat sich auch das Leben der Südafrikanerin Faeza Meyer verbessert, seit sie weiß, dass sie sich gegenüber Polizei und Staat auf ihr Recht auf angemessene Unterkunft berufen kann:

„Ich habe den größten Teil meines Lebens im Township Mitchells Plain in Kapstadt gelebt. Unser Aufenthalt dort wurde zwar geduldet, doch wir durften uns keine Unterkünfte bauen.

Bau einer provisorischen Unterkunft in der informellen Siedlung Mitchells Plain bei Kapstadt, Südafrika, im Mai 2018.



Foto: Reuters/Mike Hutchings

Abends bauten wir Zelte aus Müll, einige gruben sich auch Löcher im Boden und errichteten darüber ein Dach, um sich vor der Kälte und dem Regen zu schützen. Morgens kam die Polizei und zerstörte die Behausungen. So mussten wir jeden Tag von vorne anfangen und nach einem neuen Unterschlupf suchen. NGOs klärten uns über unsere Rechte auf und ich lernte:

Die Polizei hätte uns nicht vertreiben dürfen, ohne uns einen alternativen Wohnort anzubieten. Das hat mir die Augen geöffnet. Wenn die Polizei nun kam, konnten wir auf unsere Rechte verweisen und fragten sie nach dem Räumungsbefehl. Obwohl die Polizisten fluchten, änderten sie ihr Verhalten und zerstörten nicht mehr unsere Unterkünfte. Ich begann auch andere Fragen zu stellen: Warum bekommen viele Kinder eine

bessere Bildung als meine Kinder? Warum bin ich in dieser Situation? Mittlerweile habe ich an der Universität Kapstadt einen Kurs in Erwachsenenbildung gemacht und bin Vorsitzende der Housing Assembly, einer Organisation, die sich für das Recht auf angemessene Unterkunft einsetzt.“

Dank der International Labour Research and Information Group (ILRIG), einer Partnerorganisation von Brot für die Welt in Südafrika, kennt Faeza Meyer ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte, die sogenannten „WSK-Rechte“. Mit ihnen kann die Südafrikanerin einen angemessenen Lebensstandard gegenüber dem Staat einfordern. Die WSK-Rechte sind im UN-Sozialpakt verankert und umfassen unter anderem das Recht auf

Faeza Mayer aus dem Township Mitchells Plain setzt sich für das Recht auf angemessene Unterkunft ein.



Foto: Faeza Mayer

Wasser und Nahrung, das Recht auf Bildung und nicht zuletzt das Recht auf angemessene Unterkunft. Dieser Pakt ist keine unverbindliche Absichtserklärung: Er garantiert allen Menschen Rechte, die kein Staat gefährden darf und für deren Schutz und Einhaltung ein Staat zuständig ist.

Die WSK-Rechte ergänzen die bürgerlich-politischen Menschenrechte, die jedem Menschen körperliche Unversehrtheit garantieren, vor Folter und unfairen Gerichtsverfahren schützen und politische Teilhabe gewährleisten. Denn ohne angemessene Lebensbedingungen ist Freiheit wenig wert und ein Leben in Würde unmöglich. Faeza Meyers Geschichte zeigt, dass Armut und unwürdige Lebensbedingungen häufig eine Folge von Menschenrechtsverletzungen sind. Das Recht auf eine angemessene Unterkunft ist in Artikel 11 des UN-Sozialpakts verankert und umfasst auch den Schutz vor Zwangsräumungen ohne angemessenen Ersatzwohnraum. Das gilt auch für Menschen, die keine Mietverträge oder formale Eigentumsrechte an dem Land haben, auf dem sie wohnen.

| Ursachen für Armut überwinden

Der Bericht der Südafrikanerin zeigt auch, wie sich der Teufelskreis aus Armut, Machtstrukturen, Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierung durchbrechen lässt. Heute unter-

stützt Faeza Mayer andere Menschen darin, ihr Recht auf eine angemessene Unterkunft durchzusetzen. Denn wenn Menschen ihre Rechte kennen, können sie sich für diese auch einsetzen. Sie können sich mit anderen organisieren und Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen, die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft ziehen und die strukturellen Ursachen ihrer Armut bekämpfen. Gleichzeitig müssen staatliche Institutionen dafür sensibilisiert werden, dass es Menschenrechte gibt und sie diese garantieren und umsetzen müssen. Zentral ist dabei das Gebot der Nichtdiskriminierung. Alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht, sozialem Status, geistiger oder körperlicher Gesundheit, ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit, haben die gleichen Menschenrechte.

Im Vordergrund eines rechtebasierten Ansatzes stehen die besonders benachteiligten und ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen. Brot für die Welt tritt für Menschen ein, deren Rechte aufgrund des Geschlechts, der religiösen Überzeugung, der Herkunft, der Ethnie oder des sozialen Status besonders häufig verletzt werden, und stärkt sie darin, Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen und politischen Entscheidungsprozessen zu erlangen.

Das geschieht über die finanzielle Unterstützung der Arbeit lokaler Organisationen, über die Stärkung von sozialen Bewegungen und die Vernetzung auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Das geschieht aber auch durch die Einflussnahme auf europäische und globale Politik und Wirtschaft. Denn die strukturellen Ursachen für Armut lassen sich oft bis nach Europa verfolgen. Es sind nicht selten ausländische Firmen, die in Land und Rohstoffe investieren und dadurch Menschen vertreiben. Und vieles, was wir hier selbstverständlich konsumieren wie Kleidung, Elektronik oder Südfrüchte, wurde anderswo zum Hungerlohn produziert. Gemeinsam mit Partnerorganisationen tritt Brot für die Welt deswegen für eine Weltordnung

ein, in der Menschenrechte Vorrang vor Eigentums- und Investitionsinteressen haben.

| Handlungsräume der Zivilgesellschaft erweitern

Doch die Arbeit der Partner von Brot für die Welt ist in immer mehr Ländern der Welt gefährdet. Weltweit werden die Handlungsräume politisch aktiver zivilgesellschaftlicher Akteure zunehmend eingeschränkt. Aktivistinnen und Aktivisten, Mitarbeitende und Ehrenamtliche von Vereinen, nichtstaatlichen Organisationen und sozialen Bewegungen werden vermehrt bedroht, verhaftet und ermordet.

Wenn unabhängige Stimmen mundtot gemacht werden, dann beeinflusst das maßgeblich die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung in einem Land. Eine lebendige Demokratie, die die Bekämpfung von Armut, Gerechtigkeit und Frieden im Blick hat, braucht eine starke und eigenständige Zivilgesellschaft, die sich einmischt und sie kritisch begleitet. Nur so kann gewährleistet werden, dass Arme und Benachteiligte gehört werden und Entwicklung auch bei ihnen ankommt.

Umso wichtiger ist es daher heute, sich in der internationalen Zusammenarbeit auf die Menschenrechte zu beziehen. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde für Momente wie diese geschrieben, in denen die Schrecken der zwei Weltkrie-

ge in Vergessenheit geraten und Fremdenfeindlichkeit und nationaler Egoismus die Welt bestimmen, in denen Regierungen auf politisches Engagement mit Gewalt und Unterdrückung reagieren. Dem können wir als engagierte Zivilgesellschaft nur etwas entgegensetzen, wenn wir uns weltweit vernetzen und gemeinsam für offene Gesellschaften und eine menschenrechtsbasierte Weltordnung eintreten. ||

„Ohne angemessene Lebensbedingungen ist Freiheit wenig wert und ein Leben in Würde unmöglich.“



Sarah Lincoln ist Juristin und arbeitet als Referentin für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte bei Brot für die Welt.

Globalisierung des Mitgefühls

Der weltweite Kampf gegen Kinderarbeit und für Kinderrechte ist noch nicht zu Ende

| Kailash Satyarthi

In unserer von Konfrontation und Konkurrenz geprägten Welt gilt das Prinzip, dass der Stärkste überlebt. Das verleitet viele dazu, Menschen- und Kinderrechte zu missachten. Dem entgegen steht die Idee eines globalen Mitgefühls für Kinder und einer universellen Verwirklichung ihrer Rechte.

Aufgrund der wachsenden Nachfrage nach billiger und neuester Mode werden Kinder weltweit ihres Rechtes auf Bildung beraubt. Sie müssen unter gefährlichen Bedingungen arbeiten, ihre Rechte auf Freiheit, Leben und eine eigene Meinung werden kaum respektiert. Oft verfolgen mich die fragenden Augen der verletzlichen Kinder, die eines wissen wollen: „Wurde ich geboren, um so leben zu müssen?“

Ich frage Sie heute, ob dies die Welt ist, die wir uns für unsere Kinder gewünscht haben? Eine Welt, in der sie uns mit Augen voller Zweifel, Unsicherheit, Angst und Traurigkeit statt voller Hoffnungen und Träumen ansehen?

Ich kann nicht oft genug betonen, dass der Mangel an Anerkennung der Menschenrechte von Kindern und die fehlende Empathie füreinander die größten moralischen Herausforderungen unserer Zeit sind. Inmitten aller wirtschaftlichen und politischen Instabilitäten, wachsendem Extremismus und einem gleichgültigen Umgang mit Menschenrechten leiden Kinder am meisten.

Um den Schutz der Rechte von Kindern sicherzustellen, braucht es – unabhängig von ihrem sozio-ökonomischen, kulturellen und politischen Status – auch eine Globalisierung des Mitgefühls. Weltweit wurden Wirtschaft, Kulturen und Bedürfnisse globalisiert, warum sollte nicht auch das Mitgefühl globalisiert werden? Im deutschen Wort „Mitgefühl“ steckt die Wurzel „Gefühl“. Ins Englische könnte man dies als „co-feeling“ übersetzen. Das Wort verdeutlicht den Weg zum Verständnis der Gedanken unserer Mitmenschen und zur Anteilnahme an den damit verbundenen Gefühlen. Wenn wir imstande sind, weltweit andere Kinder und Menschen



Heute kann sie lächeln: Mädchen in einem Heim der indischen NGO Bachpan Bachao Andolan für ehemalige Kinderarbeiter.

als „genau wie ich oder meine Kinder“ zu empfinden, kann die Lage der Kinder verändert werden.

Ich erinnere mich, dass während der ersten Zeit meines Kampfes gegen Kinderarbeit in den 1980er Jahren darüber nur wenig bekannt war. Es gab damals 250 Millionen schwer schuftende Kinder. Inzwischen sind die von mir gegründeten Organisationen Global March Against Child Labour und Bachpan Bachao Andolan weltweit führend im Kampf gegen Kinderarbeit. Mit der Unterstützung von Brot für die Welt und Misereor haben wir die Zivilgesellschaft gestärkt, so dass sie aktiv für die Beendigung von Kinderarbeit und Kinderhandel und für Bildung für alle in Asien, Afrika und Lateinamerika eintreten konnte. Das Modell der kinderfreundlichen Dörfer hat 600.000 Menschen in Indien erreicht und Kinderheiraten ein Ende gesetzt, Kinderarbeit gestoppt und die Schulanmeldungen gesteigert. Durch meine Initiative „Parliamentarians without Borders for Children's Rights“ konnten wir weltweit eine starke Advocacyarbeit für Kinderrechte aufbauen. Wir können heute mit Stolz sagen, dass wir einen Beitrag zur Verringerung der Zahl der Kinderarbeiter auf 152 Millionen geleistet haben. Aber noch ist viel mehr zu tun. Dabei muss auch die Rolle von Regierungen

und die Rechenschaftspflicht von Unternehmen in den Blick genommen werden.

Das Gütesiegel Rugmark, heute bekannt als Goodweave und 1995 von mir mit Brot für die Welt und Misereor initiiert, kennzeichnet Teppiche, die ohne Kinderarbeit hergestellt wurden. Es hat in Deutschland, damals der größte Teppichimporteur, erfolgreich Bewusstsein geschaffen. Gemeinsame Anstrengungen in Deutschland und Indien haben zum Rückgang der Kinderarbeit in der Teppichindustrie in Südasiens beigetragen.

Um die Kinderarbeit zu überwinden, brauchen wir einen mehrgleisigen Ansatz. Alle Akteure müssen beteiligt sein. Wir brauchen mitfühlende Regierungen und Unternehmen, ethischen Konsum und Weltbürgerinnen und -bürger, die die Idee des globalen Mitgefühls für Kinder und die universelle Verwirklichung ihrer Rechte weiter voranbringen. ||

Aus dem Englischen von Karin Saarmann.



Kailash Satyarthi, indischer Kinderrechtsaktivist, erhielt 2014 für sein Engagement gegen die Ausbeutung und Unterdrückung von Kindern den Friedensnobelpreis.

Kein „Weiter so“ wie bisher!

Wie wir Armut lindern und die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren können



Foto: Christian Schumacher

| Hubert Weiger

Wenn es darum geht, ein gutes Leben in Würde für alle Menschen zu erreichen, müssen Umweltschutz und Entwicklung mehr denn je zusammen gedacht werden. Umweltschutz ist längst von internationaler Dringlichkeit, und die schädigenden Auswirkungen unseres ressourcenfressenden Lebensstils auf arme Länder im globalen Süden sind bekannt. Die Politik zieht aber viel zu wenige Konsequenzen.

Dass Umwelt und Entwicklung zusammengehören, war bereits eine zentrale Botschaft des UN-Gipfels von Rio 1992. Nicht nur umweltpolitische Probleme waren Gegenstand dieser Konferenz; vielmehr sollten auch die drängenden globalen Entwicklungsprobleme im umweltpolitischen Zusammenhang behandelt werden. Ziel war es, die Weichen für eine weltweite, nachhaltige Entwicklung zu stellen: Ein Ergebnis war die Agenda 21.

Wenige Jahre später gaben der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und Misereor

die erste Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ heraus. Nicht nur die Zusammenarbeit eines Umweltverbandes und eines katholischen Hilfswerks – heute eine Selbstverständlichkeit – war damals revolutionär, sondern auch die Kernbotschaft der Studie: Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung kann nur innerhalb der ökologischen Grenzen unseres Planeten nachhaltig sein – im Rahmen des sogenannten „Umwelttraums“. Das ist der Raum, den Menschen in ihrer natürlichen Umwelt beanspruchen können, ohne sie nachhaltig zu schädigen.

Verbunden war dies mit der Forderung nach gleicher Teilhabe an den globalen Ressourcen: Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf die Nutzung globaler Umweltgüter und auf eine Leben in gesunder Umwelt und unversehrter Natur.

Das Zukunftsfähige Deutschland stieß auf große Resonanz – von der „grünen Bibel“ sprach der „Spiegel“. Neu waren damals auch der langfristige Zeithorizont und die Formulierung von quantifizierten Umweltzielen für das Jahr 2050: Wie viel ist tragbar, und welche Ziele müssen wir – zum Klimaschutz, bei Verkehr und Landwirtschaft, zum Stopp von Flächenverbrauch und Artenverlust – bis wann erreicht

Der Bund für Umwelt und Naturschutz und Misereor unternahmen im Juni 2017 anlässlich des G 20-Gipfels eine Barkassenfahrt zum Kohlekraftwerk Moorburg. Klimaschutz ist eines der zentralen Themen des Gipfels.

haben, um die natürlichen Lebensgrundlagen weltweit und dauerhaft zu wahren? Die Ziele machten deutlich: Es ist wichtig, im politischen Alltagsgeschäft langfristige ökologische Entwicklungen zu berücksichtigen.

2008 veröffentlichte der BUND mit Brot für die Welt und dem Evangelischen Entwicklungsdienst eine zweite Studie. Denn obwohl „Nachhaltigkeit“ mittlerweile in aller Munde zu sein schien, waren grundlegende Veränderungen nicht erreicht. Die Vielfalt an Tieren und Pflanzen in Deutschland, Europa und weltweit schwand weiter. Die Folgen des Klimawandels wurden immer sichtbarer. Das Problem der Armut in den Ländern des Südens war ungelöst; in vielen Schwellenländern verschärfte ein wirtschaftlicher Aufschwung Umweltprobleme und soziale Ungleichheit. Und auch in Deutschland galt es, die Verbindung sozialer und ökologischer Probleme stärker in den Blick zu nehmen.

| An ein „Weiter wie bisher“ ist nicht zu denken

Eine Forderung, die sich daraus ergab: die Armut weltweit zu lindern und zugleich die ökologischen Grenzen zu wahren. Sie ist leider auch heute noch – mehr als 25 Jahre nach dem Umwelt-Gipfel in Rio – eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Mit der Verabschiedung der „Sustainable Development Goals“ (SDGs) der UN 2015 in New York ist es gelungen, umwelt- und entwicklungspolitische Anliegen eng zu verschränken. Ein Drittel der insgesamt 17 Ziele adressiert den Umwelt- und Naturschutz: den Zugang zu bezahlbarer und nachhaltiger Energie für alle Menschen zu schaffen, die Klimakrise zu bekämpfen oder den Artenverlust zu stoppen.

Alle Staaten dieser Erde haben sich verpflichtet, die neue Agenda umzusetzen. Damit ist auch Deutschland nicht nur gefragt, die ärmsten Länder der Welt zu unterstützen. Nein, wir haben uns auch verpflichtet, die Ziele in unserem Land umzusetzen und die weltweiten Folgen unserer Wirtschafts- und Handelspolitik,



Foto: Kathrin Harms / Misereor

unserer Produktion und unseres Konsums zu berücksichtigen. Und die sind beträchtlich. Die Bundesrepublik ist in puncto Verpackungsmüll mit Abstand Spitzenreiter in der Europäischen Union. Alles andere als nachhaltig zeigt sich auch die Landwirtschaft: Hier werden in viel zu hohem Maß Pestizide und Düngemittel eingesetzt. Dies schadet jedoch der Qualität der Böden und der biologischen Vielfalt.

Hinzu kommt, dass die industrielle Tierhaltung auf Kosten von Ressourcen und Flächen in den Ländern des globalen Südens wirtschaftet. Weltweit wird ein Drittel aller Anbauflächen zur Produktion von Tierfutter genutzt. Riesige Flächen werden vor allem in Argentinien, Brasilien und Paraguay umgepflügt. Allein Deutschland importiert jedes Jahr 6,7 Millionen Tonnen Soja als Futtermittel, die in riesigen Monokulturen angebaut werden. Dies geht zu Lasten der Artenvielfalt – und führt zur Vertreibung bäuerlicher Familien.

Die Politik ist weit davon entfernt, wesentliche Ziele der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie – Klimaschutz, Energieeffizienz, Verkehr, Agrarpolitik, Artenschutz, Wasserqualität – zu erreichen.

Dass an ein „Weiter wie bisher“ nicht zu denken ist, zeigt die folgende Berechnung: Dieses Jahr fiel der Erdüberlastungstag in Deutschland auf den 2. Mai. Das heißt: Die Bundesre-

publik hatte bereits nach vier Monaten die natürlichen erneuerbaren Ressourcen verbraucht, die uns rechnerisch für das komplette Jahr zur Verfügung stehen, und lebt seitdem auf Kosten des Planeten und der nachfolgenden Generationen.

| Suffizienz als Schlüssel zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele

Wir müssen also den Grenzen des Wachstums viel mehr Rechnung tragen. Eine Politik, die sich in den Industrieländern weiter ausschließlich am Wirtschaftswachstum orientiert, steht im Widerspruch zu den planetaren Grenzen. In

vielen armen Ländern der Erde wird es perspektivisch einen Anstieg des Ressourcenverbrauchs geben (müssen). Das bedeutet: Die Industrieländer – wir! – müssen ihren Energie-, Ressourcen- und Flächenverbrauch stark senken.

Der BUND plädiert deshalb mit einer zunehmenden Zahl zivilgesellschaftlicher Akteure für mehr Suffizienz (von lat. *sufficere* – ausreichen, genügen) – also für einen ressourcenleichten Lebensstil, der dieser Verantwortung gerecht wird. Das wäre auch ein Schlüssel, die SDGs zu erreichen. Denn technische Lösungen werden nicht ausreichen, unseren Verbrauch im nötigen Ausmaß zu mindern.

„Die Politik ist gefragt, den Rahmen für zukunftsfähige Lebensstile zu schaffen. Doch für diese Transformation bedarf es zugleich eines kulturellen Wandels.“

Bewohnerin einer informellen Siedlung im Seaside Neighbourhood in Tagbilaran, Philippinen. Die Menschen, die hier unmittelbar am Wasser leben, sind arm und den Folgen des Klimaewandels ungeschützt ausgesetzt.

Ein Beispiel: Zwar werden unsere Elektrogeräte immer effizienter, doch zugleich wächst ihre Zahl, ihre Größe und Leistungstärke – und damit auch unser Energieverbrauch. Immer kürzere Produktzyklen und fehlende Reparaturmöglichkeiten führen zu unvorstellbaren Mengen Elektroschrott. Deshalb ist Suffizienzpolitik dringend nötig, also eine Politik, die darauf zielt, politische Rahmenbedingungen und Strukturen so zu verändern, dass unser Energie-, Ressourcen- und Flächenverbrauch substanziell gemindert wird und nachhaltige und „ressourcenleichte“ Lebensstile möglich werden. Eine urbane Mobilitätswende etwa, die den öffentlichen Nahverkehr stärkt und mehr Raum für Fahrradfahrer und Fußgänger schafft, bedeutet zugleich mehr Lebensqualität, weniger Lärm und bessere Luft. Damit schaffen wir auch international gute Beispiele und denken Umweltschutz und Entwicklung zusammen.

Die Politik ist also gefragt, den Rahmen für zukunftsfähige Lebensstile – und für Suffizienz – zu schaffen. Doch für diese Transformation bedarf es zugleich eines kulturellen Wandels: Nachhaltige Entwicklung erfordert, dass wir uns mit Lebensstilfragen und Suffizienz auseinandersetzen. Politiker und Politikerinnen müssen merken, dass nicht nur eine kleine Minderheit das dauernde Wachstum kritisiert. Ermutigend ist das hohe Umweltbewusstsein in Deutschland. Davon zeugen nicht nur öffentliche Debatten und aktuelle Umfragen, sondern auch die große Beteiligung etwa an der europäischen Bürgerinitiative für ein Verbot von Glyphosat. Um diese Zusammenhänge in der Politik und in der Gesellschaft weiter zu verdeutlichen, bleibt die enge Zusammenarbeit von Umwelt-, kirchlichen und Entwicklungsorganisationen auch in Zukunft von größter Bedeutung. | |



Prof. Dr. Hubert Weiger ist Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) und Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung.

Gegen die Wand

Ein Dammprojekt soll Jakartas Hochwasserproblem lösen. Aktivisten halten es für untauglich

| Mathias Peer

Ein gigantischer Schutzwall soll Indonesiens Hauptstadt Jakarta vor Überflutung schützen. Denn die Metropole an der Javasee sinkt jedes Jahr um bis zu 20 Zentimeter. Doch in den Augen von Aktivisten würde die Giant Sea Wall mehr Schaden als Nutzen bringen. Sie setzen sich für andere Schutzmaßnahmen ein.

Die Wassermassen strömen ohne Vorwarnung in das Haus von Marco Kusumawijaya. Der indonesische Architekt ist nicht zu Hause. Seiner Frau bleiben nur ein paar Augenblicke, um die Reisepässe in Sicherheit zu bringen. Nachbarn werfen ihr ein Seil zu und ziehen sie aus den Fluten. Nach dem Ende des Hochwassers sieht Kusumawijaya den Schaden: Möbel sind zerstört, eine Schlammdecke überzieht die Fußböden. Einen Monat lang braucht die Familie, um das Chaos zu beseitigen.

Fünf Jahre sind seitdem vergangen. Kusumawijaya glaubt nicht, dass es die letzte große Überschwemmung in seiner Stadt war. „Die

Überflutungen werden immer mehr und immer stärker“, sagt der 56-Jährige, der sich für eine nachhaltige Stadtentwicklung Jakartas einsetzt. Der Grund: Die 30 Millionen Einwohner zählende Hauptstadtregion an der Javasee sinkt jedes Jahr um bis zu 20 Zentimeter. Teile der Metropole liegen schon jetzt unter dem Meeresspiegel und werden nur notdürftig von einer Betonmauer geschützt. Weil das schon bald nicht mehr ausreichen wird, plant Indonesiens Regierung die Bucht von Jakarta mit einem mehr als 30 Kilometer langen Damm abzuriegeln. Doch Fachleute wie Kusumawijaya fürchten, dass die Giant Sea Wall der Stadt mehr Schaden als Nutzen bringen wird.

| Jakarta neu gestalten

Die Debatte um die Zukunft Jakartas prägt der schlaksige Mann mit den graumelierten Haaren, der an einer katholischen Universität Stadtplanung studierte, bereits seit Langem. Seine aktuelle Wirkungsstätte heißt Rujak Center for Urban Studies. Während in der morgendlichen Rushhour Zehntausende Pendler in Staus oder überfüllten Bussen festsitzen, kommt Kusumawijaya auf einem hellblauen Klappfahrrad zur Arbeit. Er hat das Center 2010 gegründet. Die Organisation stemmt sich gegen Stadtplaner, die die lokale Bevölkerung bei

wichtigen Entscheidungen übergehen. Kusumawijaya wirbt stattdessen dafür, Indonesiens Metropolen gemeinsam mit den betroffenen Anwohnern neu zu gestalten.

Dass das in dem Inselstaat noch längst keine Selbstverständlichkeit ist, zeigt das Beispiel der Schwestern Musdalifah und Sukarti, die wie viele Indonesier keinen Familiennamen haben. Bis vor kurzem gehörte ihnen ein zweistöckiges Haus an Jakartas Küste. Inzwischen ist davon nur noch ein kleiner Schutthügel übrig. Zerstört wurde es im vergangenen Jahr nicht vom Meer, das in der Gegend alle paar Wochen über die Ufer tritt, sondern von den Behörden. „Hunderte Polizisten und Soldaten kamen, um uns zu vertreiben“, erinnert sich die 29 Jahre alte Musdalifah. „Wir hatten keine Möglichkeit, uns zu wehren. Wir konnten nur beten.“

Dort, wo früher ihr Haus stand – in dem vergleichsweise armen Viertel Kampung Akuarium –, hat das Geschwisterpaar ein Zelt als provisorische Unterkunft aufgebaut. Vor den Planen liegen zertrümmerte Ziegelsteine. Nur ein paar Meter entfernt arbeitet ein Bautrupp an einer neuen Schutzmauer – eine vorübergehende Lösung bis zum Bau der Giant Sea Wall, der in wenigen Jahren starten soll. Der Hochwasserschutz ist einer der Gründe, die die Stadtregierung für die Vertreibungen anführt. Sie trafen in den vergangenen Jahren Tausende Siedler in Jakarta. Zudem soll die Küstenregion verschönert werden – indem die Armenviertel verschwinden. „In die Sozialwohnungen am Stadtrand umzuziehen ist für uns keine Option“, sagt Musdalifah, die in einem benachbarten Restaurant arbeitet. „Hier sind unsere Jobs, hier ist unsere Heimat.“

Neben ihrem Notzelt können Besucher sehen, wie sich die Anwohner selbst ihre Zukunft vorstellen. An einer Tafel hängen 3D-Grafiken von Einfamilienhäusern, Uferpromenaden und öffentlichen Plätzen. Ausgearbeitet wurden sie von Marco Kusumawijayas Rujak-Center gemeinsam mit der Dorfgemeinschaft. Auch Hochwasserschutzanlagen finden in dem Plan Platz. „Den Verantwortlichen mangelt es

Der indonesische Architekt Marco Kusumawijaya diskutiert mit Studentinnen und Studenten die Probleme, die ein Riesendamm wie die Giant Sea Wall für Jakarta bedeuten würde.



Foto: Mathias Peer

Die 41-jährige Sukarti wurde von der Stadtregierung aus dem Norden Jakartas vertrieben, ihr Haus wurde zerstört. Jetzt lebt sie mit ihrer Schwester in einem Notzelt in Kampung Akuarium.

an Kreativität“, sagt Kusumawijaya. „Wir zeigen, dass es nicht nötig ist, Lebensräume zu zerstören, um die Probleme der Stadt in den Griff zu bekommen.“ Dass die Einbeziehung der Bevölkerung keine lästige Pflichtübung ist, sondern Voraussetzung für funktionierende Stadtplanung, hat Kusumawijaya nach der Tsunami-Katastrophe im Jahr 2004 erlebt. Er half als leitender Architekt bei einem von Misereor unterstützten Wiederaufbauprojekt. Bezahlbares Bauholz war in Folge der Tragödie kaum aufzutreiben. Kusumawijaya fragte die Dorfbewohner um Rat. Sie sammelten daraufhin das Altholz zerstörter Hütten. Genug für die Türen und Fensterrahmen von 400 Neubauten. „Ohne das Wissen und die Fähigkeiten der Gemeinschaft hätte das nicht funktioniert“, sagt Kusumawijaya.

| Die Bucht könnte durch den Dammbau zur Kloake werden

Bis zu 40 Milliarden Dollar soll das Dammprojekt kosten, dessen Masterplan von einem niederländischen Firmenkonsortium mit Unterstützung der holländischen Regierung entwickelt wurde. Es umfasst neben dem Riesendamm auch den Bau von 17 künstlichen Inseln, auf denen private Immobilienentwickler die Möglichkeit haben sollen, Land zu erwerben. Die Einnahmen aus diesen Spekulationsobjekten sollen dazu dienen, das Großprojekt zu finanzieren. Kritiker wie Kusumawijaya sehen darin eine Reihe von Problemen: Die abgeschlossene Bucht drohe angesichts der verschmutzten Zuflüsse zu einer Kloake zu werden, der Bau der Inseln nehme Tausenden

Erste Erfolge

Die aktuelle Regierung von Jakarta hat inzwischen erste Schritte unternommen, um das Bauvorhaben der 17 künstlichen Inseln zu stoppen. Die Hintergründe sind illegale Unregelmäßigkeiten und die andauernden Proteste der Fischergemeinschaften und der Gesellschaft. Es ist mittlerweile möglich, dass das Projekt eingestellt wird und unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft nach einer ökologischen Lösung gesucht wird.



Foto: Mathias Peer

Fischern an der Küste ihre Lebensgrundlage, neue Umsiedlungen wären die Folge. Sogar das Meeres- und Fischereiministerium warnte in einer Studie vor gravierenden sozialen und ökologischen Konsequenzen.

Über die Schattenseiten des Projekts aufzuklären versteht Kusumawijaya als Gemeinschaftsarbeit. „Everyone is invited“, steht vor dem Eingang seines Rujak Centers. Es ist Montagnachmittag. Erst diskutiert Kusumawijaya mit einer Studentengruppe über fehlgeschlagene Stadtentwicklungsprojekte. Später bespricht er mit zwei jungen Anwälten einer Rechtshilfeorganisation ein juristisches Verfahren gegen Vertreibungen. Am nächsten Morgen läuft bei Rujak dann ein Workshop für Bürgerjournalisten. Sie arbeiten an einer Artikelserie zur Giant Sea Wall und anderen Infrastrukturprojekten. Den ständigen Austausch sieht der Architekt als Kern seiner Arbeit. „Wir haben größere Chancen, gehört zu werden, wenn wir uns vernetzen“, sagt er. „Außerdem werden unsere Vorschläge besser, wenn sich Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven einbringen.“

Statt das Wasser mit immer höheren Mauern abzuwehren, will Kusumawijaya die Bodensenkung stoppen. Sie ist größtenteils hausgemacht: Nur 60 Prozent der Metropolbevölkerung bezieht Leitungswasser aus nahegelegenen Flüssen und Kanälen. Der Rest wird über Grundwasserbrunnen versorgt. Durch den Wasserentzug sacken die Böden zusammen. Dies zu stoppen, helfe mehr, als einen gigantischen Damm zu bauen, meint Kusumawijaya. Dafür müssten die Behörden die Wasserinfrastruktur für alle Bewohner verbessern. „Das wäre ohnehin dringend nö-

tig.“ Den Ansatz hält sogar die Gegenseite für schlüssig. „Wenn es gelingt, das Absacken zu stoppen, wäre die Giant Sea Wall wohl nicht mehr nötig“, sagt Victor Coenen, Projektleiter des niederländischen Ingenieurdienstleisters Witteveen+Bos, der zum Planungskonsortium des Projekts gehört. Bei der Frage, ob das rechtzeitig möglich sein wird, gehen die Meinungen auseinander. „Man muss realistisch sein“, sagt Coenen. „Die Chancen sind äußerst gering.“

| Die Zeit drängt

Kusumawijaya ist da optimistischer: Andere Städte wie Bangkok oder Tokio hätten es geschafft, Erdsenkungen aufzuhalten. „Wenn es dort funktioniert hat, warum nicht auch bei uns?“ Aber er warnt: „Je länger wir warten, umso teurer wird es – oder auch ganz unmöglich.“

Auch im Viertel Kampung Akuarium drängt die Zeit. Die Sonne brennt über der Notunterkunft von Musdalifah und Sukarti. Müllsammeler suchen in den Trümmern auch Monate nach dem Abriss der Häuser noch nach wertbaren Gegenständen. „Unser Haus war erst 16 Jahre alt und in sehr gutem Zustand“, sagt Musdalifah. Das Leben unter einer Zeltplane sei jetzt sehr viel schwerer. „Lange können wir das nicht mehr aushalten.“ Aufgeben wolle sie aber nicht. Ihr gehe es nicht um eine finanzielle Entschädigung. „Ich will nur mein Zuhause zurück.“



Mathias Peer lebt in Bangkok und berichtet als freier Korrespondent über Südostasien und Indien.

Die erfolgreichen Bauern von Hei Er

Interview mit Hongyan Yang, Fachfrau für Ökolandbau

Bis 2020 soll in China die Armut komplett abgeschafft sein – so das ambitionierte Ziel von Staatschef Xi Jinping. Die Wirtschaftszahlen scheinen seinen Kurs zu bestätigen, hat China doch ein beeindruckendes Wachstum zu verzeichnen. Die Kehrseite des Wirtschaftswunders sind schwere Umweltprobleme wie Luftverschmutzung und Gewässerbelastung. Chinas Regierung ist sich der Problematik mehr und mehr bewusst und propagiert seit einiger Zeit ein „umweltverträgliches Wirtschaftswachstum“. Misereor-Projektpartnerin Hongyan Yang über wirksame Methoden der Armutsbekämpfung, die auf ökologischem Landbau basieren.

Frau Yang, wie sehen Sie das Zusammenspiel von Armutsbekämpfung und Umweltschutz?

Hongyan Yang: Beide sind globale Ziele für die nachhaltige Entwicklung der Menschheit. Armutsminderung ist darauf ausgelegt, die akuten Bedürfnisse der Armen zu erfüllen, während der Schutz der Umwelt wesentlich ist für die nachhaltige, langfristige Entwicklung der Gesamtgesellschaft. Und so entsteht ein gewisser Widerspruch zwischen beiden. In meinen Augen müssen sich aber ökonomisches Wachstum und Umweltschutz nicht ausschließen, sondern können koordiniert und kombiniert werden. Beides kann parallel wachsen.

Wie ist der Umgang damit in China?

Hongyan Yang: In China hatte in den vergangenen Jahren die Minderung von Armut hohe Priorität. Mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen wird versucht, sie zu reduzieren, beispielsweise durch die Verbesserung der Infrastruktur und die Ansiedlung von Industrie in entlegenen Gebieten. Zwar wird Umweltschutz sehr befürwortet, doch Armutsbekämpfung ist stärker im Bewusstsein und das Hauptaugenmerk gilt der ökonomischen Entwicklung. Es steht zu befürchten, dass der starke Fokus darauf, Armut binnen kürzester Zeit zu reduzieren, zu einem unglaublich hohen Verbrauch an natürlichen Ressourcen und zu großer Umweltzerstörung führt. Und dass die Ansiedlung von

Industrie im ländlichen Raum einen Verlust der Artenvielfalt zur Folge hat, was den verstärkten Einsatz von chemischen Pestiziden und Düngemitteln nötig macht. Das zerstört wiederum das natürliche Gleichgewicht von Ökosystemen.

Zu beobachten ist das überall. Zum Beispiel wurde in einem der Gebiete, in denen wir Projekte haben, zur Armutsminderung der Kartoffelanbau eingeführt. Die Bauern haben das sehr begrüßt, weil sie kein Saatgut kaufen mussten. Doch dann stellte sich heraus, dass der großflächige Anbau von Kartoffeln zu verstärktem Schädlings- und Krankheitsbefall bei den Nutzpflanzen führte.

Was muss bei der Armutsbekämpfung mitgedacht werden, um die Umwelt gleichermaßen zu schützen?

Hongyan Yang: Die Gründe für Armut sind vielfältig. Es fehlt an natürlichen Ressourcen und Infrastruktur, aber auch an sozialen Ressourcen wie Bildung, beruflichen Fertigkeiten und Problembewusstsein. Daher ist „Capacity Building“ wichtig – Weiterbildungen zum Beispiel. Es geht darum, den Menschen die Augen zu öffnen, ihr Wissen zu erweitern, sie zu unterstützen und zu begleiten, so dass sie in die Lage versetzt werden, ihre Situation aus eigener Kraft zu verbessern, statt die Anweisungen anderer zu erfüllen. Das Wichtigste ist, dass Armutsminderung Umweltschutz beinhalten muss. Generell gibt es in entlegenen Gegenden zu wenige umweltfreundliche Initiativen der Armutsminderung. Es sollten daher mehr umweltfreundliche landwirtschaftliche Methoden eingeführt werden, wie etwa Fruchtwechsel – also nicht jedes Jahr dasselbe auf einem Acker anzubauen – oder Mischpflanzungen, die die Artenvielfalt fördern. Auch ist es wichtig, Äcker ruhen zu lassen. Das hilft, Schädlingsbefall und Krankheiten zu vermeiden.

Welche Lösungsansätze verfolgen Sie in Ihrer Projektarbeit?

Hongyan Yang: PEAC (Pesticide Eco-Alternatives Center) entwickelt Methoden der

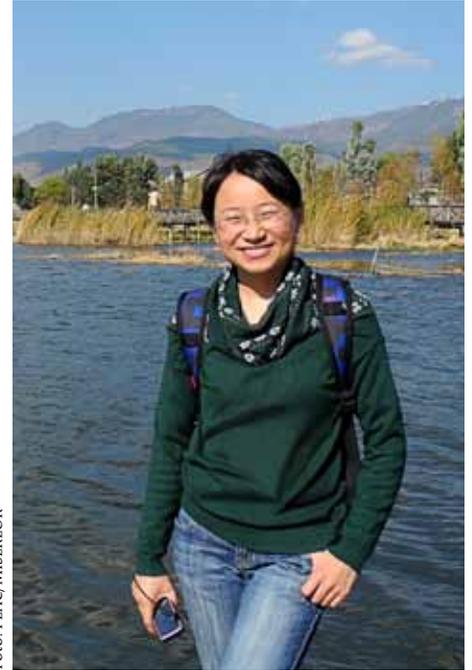


Foto: PEAC/MISEREOR

Fachfrau für Umweltschutz, Ökolandbau, Pestizideinsparung und Direktvermarktung: Hongyan Yang ist seit 2009 beim Misereor-Projektpartner Pesticide Eco-Alternatives Center (PEAC) engagiert. Sie stammt aus einer Bauernfamilie aus Yunnan, von klein auf half sie ihren Eltern bei der Arbeit.

Armutsminderung, die auf ökologischer Landwirtschaft beruhen. Es wird viel Wert darauf gelegt, die Bauern in den Dörfern zu stärken. Bäuerinnen und Bauern, die bei den Dorfbewohnern hohes Ansehen genießen und Einfluss haben, wird die Möglichkeit eröffnet, ökologische Versuchsfelder zu besuchen und sich mit anderen erfolgreichen Öko-Bauern auszutauschen – in China selbst oder im Ausland.

Mit dieser Art der Bewusstseinsbildung unterstützt PEAC Menschen, die Interesse an alternativen Anbaumethoden haben. Sie erhalten Trainings in ökologischer Landwirtschaft, wir erstellen mit ihnen Pflanzpläne und unterstützen sie bei der natürlichen Schädlingsbekämpfung. Das Wichtigste ist, dass sie Möglichkeiten der Direktvermarktung und Zugang zu den Märkten für ökologische Produkte bekommen, zu Restaurants, Lebensmittelgeschäften, Bauernmärkten, Online-Shops. Ihre ökologisch angebauten Produkte können sie dann zu einem höheren Preis verkaufen. Und sie haben weniger Kosten, weil sie keine chemischen Dünger und Pestizide verwenden.

Arbeiten im Reisfeld in Yunnan. Die Provinz ist eine Gegend mit einer großen Artenvielfalt und unterschiedlichen ethnischen Bevölkerungsgruppen. Die indigenen Gruppen, die in den entlegenen Bergregionen leben, sind meist sehr arm und haben von der rasanten Entwicklung Chinas kaum profitiert.

Welche Erfolge haben Sie in Ihrer Projektarbeit zu verzeichnen?

Hongyan Yang: Mit unserer Unterstützung wagen es immer mehr Bauern, ökologische Landwirtschaft auszuprobieren. Im Dorf Hei Er zum Beispiel, das ungefähr 300 Kilometer von Kunming, der Hauptstadt der Provinz Yunnan, entfernt liegt, hat sich eine Bauernkooperative erfolgreich an den Anbau einer traditionellen Reissorte nach ökologischen Prinzipien gewagt und vermarktet den Reis mittlerweile landesweit im Internet. Der Reis wird inzwischen als einer von sechs berühmten Reissorten der Provinz Yunnan empfohlen, und das Dorf wurde als eines von 30 besonders liebenswerten und schönen Dörfern unter 120 Dörfern in Yunnan ausgezeichnet.

Wie sind Sie vorgegangen?

Hongyan Yang: Zu Beginn unserer Projektarbeit zeigten die Bauern in Hei Er kein großes Interesse am ökologischen Landbau, waren aber sehr stolz auf eine ihrer Reissorten: Hei Er-Klebreis, der in der Qing- und Ming-Dynastie ausschließlich für den Kaiser und seinen Hof angebaut worden war. Die Reissorte konnte über Generationen erhalten werden, doch die Ernten waren niedrig. 2008 existierten nur noch acht Mu, ungefähr ein halber Hektar, Hei Er-Klebreis im ganzen Dorf. Dann begann PEAC mit dem „Capacity Building“ von Bäuerinnen und Bauern, die eine Schlüsselrolle im Dorf spielen. Sie wurden zu PEAC-Treffen ein-

Das Enten-Reis-Modell

Beim Enten-Reis-Modell werden in den gefluteten Reisfeldern – Reis wächst traditionell im stehenden Wasser – auch Enten gezüchtet. Als lebende Schädlingsbekämpfer fressen sie Tiere und Insekten, die die Pflanzen befallen, und vertilgen das Unkraut. Zudem dient der Entenkot als Dünger. Viele Misereor-Projektpartner nutzen diese effektive und ökologische Methode.



Foto: PEAC/MISEREOR

Ökologischer Landbau in Hei Er. Ob die Reispflanzen von Schädlingen befallen sind, muss regelmäßig geprüft werden.



Foto: PEAC/MISEREOR

geladen. Es wurde ihnen sogar ermöglicht, nach Italien zu reisen und dort an einem Erfahrungsaustausch teilzunehmen, der von dem Verein Slow Food organisiert wurde. Langsam wuchs das Interesse der Bauern am Ökolandbau. PEAC stellte ihnen das „Enten-Reis-Modell“ vor und unterstützte sie beim Einsatz dieser umweltverträglichen Unkrautbekämpfungsmethode.

Dann wurde ein Label für den Öko-Reis kreiert, der Reis wurde einer Vertriebsfirma von landwirtschaftlichen Produkten vorgestellt, und die Bauern besuchten Landwirtschaftsmessen. Außerdem haben wir Kosten und Nutzen ausgewertet.

Was hat die Bilanz gezeigt?

Hongyan Yang: Mit dem Öko-Reis konnten die Bauern unterm Strich höhere Gewinne erzielen als mit dem Anbau von Hybrid-Reis, obwohl sie einen geringeren Ertrag haben. Denn sie können den Reis eben wesentlich teurer verkaufen. Mit dem wachsenden Einkommen etablierten sich die Bauernkooperative und der Internethandel mehr und mehr. Die Bauern sind nach den Trainings nun in der Lage, eigenverantwortlich größere Mengen Reis zu verkaufen, und haben dessen Patentierung angemeldet. Wir sind sehr glücklich, dass unter der Anleitung der Bauern, die am Anfang eine Vorreiterrolle übernommen haben, nun das gesamte Dorf mehr und mehr aufblüht. | |

Das Interview führte **Nina Brodbeck, Misereor.**

Mehr Geld allein reicht nicht!

| Reinhard Kardinal Marx



Foto: Erzbischöfliches Ordinariat München / Klaus D. Wolf

Die Aktionsplakate von Misereor und Brot für die Welt zeugen davon, wie sich die Sicht auf die entwicklungspolitischen Herausforderungen über die Zeit hinweg wandelt: In den ersten Jahrzehnten nach der Gründung der Hilfswerke rüttelten Bilder von hungernden Kindern und leeren Tellern zum Spenden auf. Später standen die Motive Solidarität und Gerechtigkeit im Vordergrund. Die Aktionsplakate aus den zurückliegenden Jahren wiederum heben in Bild und Text auf die Menschenwürde und die Bewahrung der Schöpfung ab. Der Wandel bei den Plakaten spiegelt die sich ändernden Probleme und Handlungszusammenhänge. Die beiden Hilfswerke müssen sich auf immer neue Herausforderungen einlassen.

Eine der Fragen, die uns in Deutschland und Europa derzeit am meisten beschäftigt, ist die Aufnahme von Flüchtlingen. Wir diskutieren das Thema überwiegend aus der Perspektive des eigenen Landes; es geht um Einreisebedingungen, Verteilung und Integration. Die Fluchtursachen kommen viel zu wenig in den Blick. Und ebenso wird die Situation der vielen Millionen Flüchtlinge, die im eigenen Land oder in den Nachbarstaaten ums Überleben kämpfen, nur unzureichend wahrgenommen. So viel aber ist klar: Ohne den Blick auf das große Ganze wird es keine

Reinhard Kardinal Marx ist Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz.

befriedigenden Lösungen der Flüchtlingsfragen geben. Deshalb kommt den weltweit tätigen Hilfswerken Misereor und Brot für die Welt hier eine wichtige Rolle zu: Sie engagieren sich in der Bekämpfung von Fluchtursachen und in einer Vielzahl von Projekten, die Flüchtlingen helfen. Diese Erfahrungen sollten viel mehr zum Tragen kommen. Wir brauchen die Expertise der Werke in den kirchlichen und gesellschaftlichen Debatten.

Von großer Bedeutung für das globale Gemeinwohl ist auch der Klimawandel, von dem die Partner der Hilfswerke oft unmittelbar betroffen sind. Daraus ergeben sich für die Werke neue Schwerpunkte in der Projekt-, Bildungs- und Lobbyarbeit. Wer Hunger und Not in der Welt lindern helfen will, muss sich auch für eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen einsetzen. Das zentrale Stichwort dafür ist die Klimagerechtigkeit. Es weist auf die Schäden und Kosten des Klimawandels für die zumeist ärmeren Länder hin und fordert die Verantwortung der Verursacher ein. Der jährlich

vom Bündnis „Entwicklung hilft“ zusammen mit der Universität der Vereinten Nationen herausgegebene Weltrisikobericht macht deutlich, dass vor allem die Menschen in den ärmeren Ländern in Afrika, Asien und in der Karibik unter Wetterextremen leiden, die mit dem Klimawandel immer heftiger und häufiger auftreten werden. Mit den Projekten vor Ort, die den Partnern beim Umgang mit den Folgen des Klimawandels helfen, und der gesellschaftspolitischen Bewusstseinsbildung für notwendige Klimaschutzmaßnahmen hier wie dort tragen die Hilfswerke zu mehr Klimagerechtigkeit bei.

Bei alledem darf eine Gefahr nicht übersehen werden: Je komplexer die Problemzusammenhänge und je professioneller die Instrumentarien der Entwicklungszusammenarbeit werden, umso leichter verliert sich die Nähe zu den Armen. Diese aber ist die eigentliche Sendung der kirchlichen Entwicklungsarbeit! „Die Armen zuerst“ – das ist bis heute ihr Leitwort. Der Austausch auf Augenhöhe mit den weltkirchlichen Projektpartnern ist unverzichtbar. Projektplanung und -durchführung, Abrechnung und Evaluation müssen selbstverständlich hohen Standards genügen. Dabei die Armen und deren Lebensumstände im Blick zu behalten, ist eine ständige Herausforderung.

Abschließend möchte ich an ein Wort von Papst Franziskus erinnern. Am Ende seiner Enzyklika „Laudato si“ wünscht er auch uns: „Mögen unsere Kämpfe und unsere Sorgen um diesen Planeten uns nicht die Freude und die Hoffnung nehmen.“ Es sind eben die Trauer und die Angst, aber auch die Freuden und Hoffnungen der Armen in dieser Welt, die wir miteinander teilen. Diese Praxis und dieser Geist sind bei Misereor und Brot für die Welt zu Hause. Inmitten einer oft bedrohlich wirkenden Welt machen sie unsere Hilfswerke zu einem unverzichtbaren Ausdruck christlichen Selbstverständnisses. | |



Grußwort zum 60-jährigen Bestehen von Brot für die Welt und Misereor

Mit Mut und Entschlossenheit

| Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm

Jesus aber sprach zu ihnen: Ich bin das Brot des Lebens. Wer zu mir kommt, den wird nicht hungern; und wer an mich glaubt, den wird nimmermehr dürsten. (Joh 6,35)

Jesus sitzt mit seinen Jüngern auf einem Berg. Als sie eine große hungrige Menschenmenge erblicken, die sich auf den Weg zu ihnen macht, ist den Jüngern klar, dass nicht genug Essen da ist. Dann gibt ein kleiner Junge sein Essen: zwei Fische und fünf Gerstenbrote. Unter dem Segen Gottes werden nicht nur alle Menschen satt, es bleiben sogar noch zwölf Körbe voller Brot übrig, sodass die Jünger nicht nur Austeilende, sondern auch Wiedereinsammelnde sind.

Wie in der Erzählung des Johannesevangeliums bitten auch heute Menschen um Brot. Auch heute ist Gottes segensreiches Handeln da, wo Menschen geben und helfen. Es braucht den Jungen, der sein Essen teilt, und es braucht die helfenden Hände der Jünger, damit die hungernden Menschen satt werden können.

Brot für die Welt engagiert sich, ebenso wie die katholische Schwester Misereor, seit 60 Jahren für die Ausgegrenzten und Bedürftigen und ist zu einer starken und segensreichen Kraft im Kampf gegen den weltweiten Hunger geworden. Aus diesem Dienst, auf den wir nicht dankbar genug zurückblicken können, haben sich im Laufe der Jahrzehnte immer neue Arbeitsfelder entwickelt, die zeigen, wie vielfältig das professionelle Engagement und die öffentliche Anwaltschaft der beiden kirchlichen Werke sind: die Hilfe und Nächstenliebe für Menschen, die auf der Flucht sind, das mutige Eintreten für Menschenrechte, insbesondere für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, der Kampf gegen Kinderarbeit und der Einsatz für die Bewahrung der Schöpfung, um nur einige Aufgaben der enormen Bandbreite des Handelns zu benennen. Brot für die Welt und Misereor sind Stimmen, die in der Öffentlichkeit und der Politik gehört werden – national und international.

Am Tag, nachdem die Menge satt geworden ist, gibt Jesus sich den Menschen als Brot des Lebens zu erkennen. So erschließt sich die

Geschichte noch einmal neu. Ihre Tiefendimension spiegelt sich im „ganzheitlichen Verständnis von Heil und Heilung“ wider, das Brot für die Welt von seinen Ursprüngen her bis heute auszeichnet. Dabei sind der Einsatz der Kirchen und die Unterstützung der Gemeindeglieder ungebrochen. Um Jesus als das Lebensbrot für das eigene Leben wissend, engagieren sich Menschen und die durch sie getragenen kirchlichen Institutionen für eine friedliche, gerechte und nachhaltige Weltgemeinschaft.

Brot für die Welt ist in unseren Kirchen fest verankert. Das wird spätestens im Advent und zu Weihnachten deutlich, wenn die Kirchgemeinden Spenden sammeln und auch darin Gemeinschaft erleben, denn die praktische Weitergabe der Liebe ist zentraler Bestandteil des kirchlichen Auftrags, das Evangelium in die Welt zu tragen. Dabei ist es unverzichtbar, sich auf die geistlichen Kraftquellen zu besinnen, aus denen heraus sich unser Handeln speist. Damit dies auch zukünftig nicht nur auf individueller, sondern auch auf institutioneller Ebene gewährleistet ist, hat sich 2012 das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung, kurz EWDE, gegründet. Dadurch ist es möglich geworden, kirchliches



Professor Dr. Heinrich Bedford-Strohm ist Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland.



Foto: epd-bild/mck

Profil zu stärken und mit vereinten Kräften der Globalisierung der sozialen Frage als Jahrhundertherausforderung zu begegnen.

Für das kommende Jahrzehnt wünsche ich Brot für die Welt, dass der eingeschlagene Weg einer engeren Verzahnung von sozialem und kirchlichem, von politischem und geistlichem Handeln konsequent weiterverfolgt werden kann: Jesus ist das Brot des Lebens und will den körperlichen und seelischen Hunger dieser Welt stillen. Den damit verbundenen Weg können wir aber nie allein, sondern immer nur gemeinsam gehen. Daher ist mein zweiter Wunsch, dass Brot für die Welt mit den Partnerkirchen und -werken, und hierbei insbesondere mit Misereor, weiter so erfolgreich und zukünftig noch enger in ökumenischer Verbundenheit zusammenarbeiten kann. Schließlich wünsche ich Brot für die Welt und Misereor weiterhin so viel Liebe und Zuwendung zu den Menschen wie bisher und dabei nicht nachlassenden Mut und Entschlossenheit, Missstände und Unrecht offen anzusprechen, unbequem zu sein und für die einzutreten, deren Menschenrechte mit Füßen getreten werden.

Von Herzen danke ich allen Menschen, die die beiden kirchlichen Werke mit ihrer Zeit, ihrem Engagement oder mit Geldspenden unterstützen. Möge Gott sie weiter segnen und möge dadurch neuer Segen entstehen.

Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 10-2018 von welt-sichten.

Konzept und Redaktion: Michael Mondry und Nina Brodbeck (beide Misereor); Ellen Köhrer, Klaus Seitz (beide Brot für die Welt); Anja Ruf (im Auftrag von welt-sichten)

Gestaltung: Matthias Koch

Verantwortlich i.S.d.P.: Beate Schneiderwind (Misereor), Klaus Seitz (Brot für die Welt)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Redaktion „welt-sichten“ Postfach 50 05 50 D-60394 Frankfurt/Main www.welt-sichten.org

Bestellung bei: wioletta.haase@misereor.de, www.shop.brot-fuer-die-welt.de

WELT-SICHTEN

Magazin für globale Entwicklung und ökumenische Zusammenarbeit

Jetzt kostenlos testen!

Die Welt rückt zusammen. welt-sichten beleuchtet Hintergründe der Weltpolitik und nimmt ihre Folgen in Schwellen- und Entwicklungsländern in den Blick. Jeden Monat bietet die Zeitschrift Analysen, Reportagen, Interviews und Berichte zu

- Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik
- Klimawandel und Umweltschutz
- Friedensfragen und die Rolle der Religionen



Bestellen Sie ein kostenloses Probeabo auf www.welt-sichten.org per Telefon 069-58098-138 per E-Mail: redaktion@welt-sichten.org